

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/1473

Finanzministerium
des Landes
Schleswig-Holstein

Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

6 . Dezember 2006

IT-Gesamtplan 2007

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den von der Landesregierung Schleswig-Holstein am 21.10.2006 beschlossenen IT-Gesamtplan 2007 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Der Aufbau des IT-Gesamtplan 2007 wurde gegenüber 2006 überarbeitet und in wesentlichen Bereichen gestrafft. Die Gesamtplanung beschreibt die Ziele der IT in Schleswig-Holstein sowie die wichtigsten steuerungsrelevanten Entwicklungen. Die Planung wird unterjährig fortgeschrieben und an neue Entwicklungen angepasst.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) sind mittlerweile unabdingbarer Bestandteil der Aufgabenerledigung im öffentlichen Sektor. Tendenziell werden immer mehr Verwaltungsaufgaben und Prozesse durch die IT oder mit ihrer Hilfe unterstützt. Um auf diese Anforderungen flexibel und bedarfsgerecht reagieren zu können, werden die Haushaltsmittel für IT zentral im Kapitel 1103 (Informations- und Kommunikationstechnologien für E-Government) veranschlagt und der IT des Landes Schleswig-Holstein als Budget zur Verfügung gestellt. Die erwarteten Budgetgewinne sowie Synergieeffekte werden bei der Bemessung der Obergrenze als monetärer Abschlag berücksichtigt. In 2007 wurden die Anmeldungen der Ressorts um rd. 13 Mio. € in 2007 und in 2008 um rd. 15,8 Mio. € (IT-Gesamtplan 2007; Abschnitt 3; Tabelle 4) gekürzt.

Das Budget und die IT-Gesamtplanung werden seit 2004 durch das Finanzministerium ressortübergreifend koordiniert und gesteuert. Bislang konnten so alle prioritären IT-Maßnahmen der Ressorts umgesetzt und die ressortübergreifenden Basisinfrastrukturen angemessen fortentwickelt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Arne Wulff

Anlage
IT-Gesamtplan 2007



IT-Gesamtplan 2007

Zentrales IT-Management
erstellt im Referat VI 53
Stand: November 2006
Version 1.0

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abschnitt I	
1. Einleitung	4
1.1 Steuerung und Koordinierung des E-Government	4
1.2 Organisation des Zentralen und Dezentralen IT-Managements	4
Abschnitt II	
2. Strategische und konzeptionelle Ausrichtung	6
2.1 Strategische Ausrichtung	6
2.1.1 Ziele	6
2.1.2 Leitlinien	6
2.1.3 Generelle strategische Ausrichtung	7
2.2 Konzeptionelle Ausrichtung	8
2.2.1 Konzeptionelle Grundlagen	8
2.2.2 Datenschutz und Datensicherheit	8
2.2.3 Maßstäbe der Bewertung	9
Abschnitt III	
3. Daten und Kennzahlen	11
3.1 IT-Budget 2007 und MFP	11
3.2 Grundsätze der Budgetierung	11
3.3 Ausgangslage und Bedarfe der IT 2007 / 2008	13
3.3.1 Tabelle 1:	13
Anmeldungen der Ressorts in 2007 / 2008	
3.3.2 Tabelle 2 :	14
Auswertung nach Art der IT-Maßnahmen	
3.3.3 Tabelle 3:	14
Auswertung nach Klassifizierung (IT-Verfahren/IT-Vorhaben)	
3.4 Sachkosten- und Investitionsquoten	16
3.4.1 Tabelle 4:	17
Delta bis 2011	
3.5 Verteilung der Investitionen in 2007 / 2008	18
3.6 Reinvestitionen (Ersatzbeschaffung)	20
3.6.1 Tabelle 5:	20
Hardwareausstattung Land – Stand am 31.12.2005 [Stückzahlen]	
3.6.2 Tabelle 6:	20
Reinvestitionen 2007 (Planungsstand 11.07.2006) [Stückzahlen]	
3.6.3 Tabelle 7:	20
Reinvestitionen 2008 (Planungsstand 11.07.2006) [Stückzahlen]	
Abschnitt IV	
4. Steuerungsrelevante Entwicklungen	21
4.1 Steuerungsrelevante Entwicklungen der IT Land SH	21
4.1.1 IT-Organisation	21
4.1.2 IT-Planung, Finanzen und Steuerung (PlaFiS)	23
4.1.3 Ausbau der IT-Infrastruktur	25

4.1.3.1	Kommunikationsinfrastruktur (Landesnetz SH)	25
4.1.3.2	Kommunikationsdienste und Zentrale Basisdienste	28
4.1.4	Aufbau einer Sicherheitsarchitektur IT SH (SiMan SH)	29
4.1.5	Standards und Vereinheitlichung der Ausstattung der IT	31
4.1.6	Einführung eines einheitlichen Contentmanagement-Services für Internet, Extranet und Intranets (CMS-II)	34
4.1.7	Elektronische Registratur, Aktenführung und Vorgangsbearbeitung (eAkte)	36
4.1.8	Aufbau und Betrieb von Geomanagementsystemen	38
4.1.9	Elektronischer Rechtsverkehr und Modernisierung in der Justizverwaltung	45
4.1.10	Aufbau und Betrieb des Landesnetzes Bildung	48
4.1.11	Aufbau und Betrieb eines Fördermittelmanagements im MWV	50
4.2	Steuerungsrelevante Entwicklungen in Kooperationen mit FHH und den Kommunen	52
4.2.1	Basiskomponenten E-Government	53
4.2.2	Aufbau und Betrieb eines Personalmanagementsystems	55
Abschnitt V		
5.	Zusammenfassung	57
Abschnitt VI		
6.	Katalog der IT-Maßnahmen - Kurzfassung -	58

[Auflistung gem. Priorität](#)

Katalog der IT-Maßnahmen

- Langfassung (Druck aus IT Web SLH; Umfang ca. 400 Seiten) -

Auflistung gem. Ressort nach lfd. IT-Maßnahmenummer. Der Druck wird aufgrund des Umfanges aussch. im SHIP zur Verfügung gestellt. Termin: mit Veröffentlichung des Doppelhaushalts 2007/2008

1. Einleitung

Am 18.10.2005 hat die Landesregierung Schleswig-Holstein den IT-Gesamtplan 2006, dessen Umsetzung und die jährliche Fortschreibung der IT-Gesamtplanung beschlossen. Darüber hinaus wurde das Finanzministerium beauftragt, künftig klare Zieldefinitionen vorzunehmen, die angemeldeten IT-Maßnahmen inhaltlich zu bewerten und steuerbare Bereiche zu identifizieren, die die Landesregierung in ihrer Entscheidungsfindung besonders unterstützen.

Diesen Aufträgen folgend hat das ressortübergreifende strategische IT-Management des Finanzministeriums die IT-Gesamtplanung für das Jahr 2007 fortgeschrieben. Das Ergebnis ist der IT-Gesamtplan 2007, dessen Schwerpunkte zum einen die Darstellung der strategischen und konzeptionellen Ausrichtung und zum anderen die Beschreibungen von wichtigen steuerungsrelevanten Entwicklungen der IT des Landes Schleswig-Holstein sind.

Da der IT-Gesamtplan jährlich aktualisiert wird, folgt zum Oktober 2007 die Fortschreibung auf 2008.

1.1 Steuerung und Koordinierung von E-Government

E-Government, Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung sind die Grundlage von neuen Entwicklungen und Innovationen in der Verwaltung und bedingen sich wechselseitig. Dieser Modernisierungsprozess wird in der Abteilung VI 5 (Verwaltungsmodernisierung) des Finanzministeriums koordiniert und gesteuert. Flankiert werden diese Maßnahmen von einer Funktional und Verwaltungsstrukturreform, die das Innenministerium konzipiert und umsetzt.

Durch die Einführung und Nutzung effektiver und effizienter Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) und Aufbau neuer Organisationsstrukturen sollen die eingeleiteten Innovationsprozesse nachhaltig unterstützt werden.

1.2 Organisation des Zentralen und Dezentralen IT-Managements

Um die Vorgaben der Abt. VI 5 und die Anforderungen der Ressorts in „praktische“ IT umsetzen zu können, koordiniert das Zentrale IT-Management die Entwicklungen der IT in den Behörden und Dienststellen der Landesverwaltung Schleswig-Holstein.

Das Zentrale IT-Management ist Bestandteil der Abt. VI 5 und setzt sich im Wesentlichen aus den Referaten VI 53 (ressortübergreifendes strategisches IT-Management) und VI 54 (ressortübergreifendes operatives IT-Management) zusammen. Unterstützt wird das Zentrale IT-Management in seiner Aufgabenwahrnehmung vom Referat VI 52 (ressortübergreifende Organisation) und den Dezentralen IT-Managements der Ressorts des Landes Schleswig-Holstein.

Im Auftrage der Ressorts nimmt Dataport als gemeinsame IT-Dienstleisterin

der Länder SH und FHH Aufgaben des Landes Schleswig-Holstein im operativen Bereich wahr (z. B. Betrieb eines zentralen Rechenzentrums, Betreuung der IT, Administration der IT, Unterstützung bei der technischen Fortentwicklung der IT; Beschaffung von Leistungen am Markt pp.).

Die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Funktionsträger der IT des Landes Schleswig-Holstein werden in den Richtlinien IT-SH geregelt.

[Fundstelle Richtlinien IT-SH: http://intranet/-3.Allgemeines/-Informationstechnik/-IT-Regelungen/pdf/RL%20ITSH_Version%201.0.pdf]

2. Strategische und konzeptionelle Ausrichtung

2.1 Strategische Ausrichtung

2.1.1 Ziele

Die IT des Landes Schleswig-Holstein ist bestrebt, folgende Ziele kurz-, mittel- und langfristig zu erreichen:

- Unterstützung der in Vorbereitung befindlichen E-Government-Strategie des Landes durch Sicherung standardisierter Infrastruktur und technischer Interoperabilität.
- Ausbau und Fortentwicklung des Landesnetzes Schleswig-Holstein zu einem hoch innovativen und leistungsfähigen Verwaltungsnetz als Basis eines E-Government. Die Einbindung aller Kommunen ist anzustreben. Die Arbeiten sollen bis zum Jahre 2010 abgeschlossen sein.
- Optimierung der Wirtschaftlichkeit der IT des Landes Schleswig-Holstein durch Standardisierung und Homogenisierung der Systemlandschaften (Hard- und Software).
- Optimierung der Wirtschaftlichkeit der IT des Landes Schleswig-Holstein durch Institutionalisierung der Kooperationen mit anderen Trägern der öffentlichen Verwaltung (insbesondere mit der Kommunalen Ebene und der Freien und Hansestadt Hamburg). Mittelfristig ist die gemeinsame Nutzung standardisierter IT-Systeme anzustreben.
- Mittelfristig ist verstärkt der dezentrale und mobile Arbeitsplatz zu fördern, um die Voraussetzungen für moderne Arbeitsmethoden z. B. Telearbeit zu schaffen.
- Mittel- bis langfristig muss eine Reorganisation und Neustrukturierung der Zuständigkeiten für die IT in der Landesverwaltung erfolgen. Dabei ist Dataport als gemeinsame IT-Dienstleisterin der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg vorrangig mit operativen Aufgaben zu beauftragen.
- In Folge dieser Prozesse sind die Kernkompetenzen der Verwaltung in den Bereichen Konzeption und Controlling von IT auszubauen. Damit verbunden sind Schulungen und die verstärkte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dezentralen und Zentralen IT-Management der Ressorts.

2.1.2 Leitlinien

Um die o. g. Ziele zu erreichen, wird sich die IT des Landes Schleswig-Holstein an folgenden Leitlinien orientieren:

- Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten hat die Schaffung von

Grundfunktionalitäten für die gesamte Landesverwaltung Vorrang vor der Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten in den Behörden und Dienststellen der Landesverwaltung, d. h. Insellösungen sind zu vermeiden. Hierbei ist jeweils die Wirtschaftlichkeit der Nutzung von Lösungen anderer Träger der öffentlichen Verwaltung in den Entscheidungsprozess einzubeziehen.

- Vor Einführung von IT-Vorhaben ist eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchzuführen. Dabei können sich die Ressorts an der Empfehlung zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen beim Einsatz der IT in der Bundesverwaltung (IT-WiBe 4.0) orientieren. Es gelten die Regelungen des § 7 LHO SH.
- Um die Nutzung gemeinsamer Standards und Verfahren zu ermöglichen, sind mögliche Belange der Kommunen bereits in der Planungsphase zu berücksichtigen.
- Die IT- und Datensicherheit ist als grundlegende Anforderung an die IT bereits bei der Planung und Konzeptionierung von IT-Maßnahmen zu beachten.
- Die Regelungen zur Gleichstellung, des Mitbestimmungs- und Schwerbehindertenrechts des Landes Schleswig-Holstein sind zu beachten. Eine frühzeitige Einbindung der Personalräte ist anzustreben.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind durch Aus- und Fortbildung kontinuierlich zur Nutzung der verfügbaren Informations- und Kommunikationstechnologie zu befähigen.

2.1.3 Generelle strategische Ausrichtung

Die strategische Ausrichtung der IT geht von dem Grundverständnis aus, dass IT aufgrund ihres gegenwärtigen und künftigen Beitrags zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung **eine Kernkompetenz des Staates und jeder Verwaltung** darstellt. Der Einsatz der IT soll so gestaltet werden, dass die Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung bei sinkenden Beschäftigtenzahlen, zunehmender Komplexität der Aufgaben und steigenden Anforderungen an die Qualität bei gleichzeitiger Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte erhalten bleibt.

Um die mit IT erreichbaren Modernisierungs- und Optimierungspotenziale umsetzen zu können, wird eine **stärkere Zentralisierung der ressortübergreifenden Querschnittsverfahren** als strategisches Ziel definiert.

In diesem Zusammenhang werden die künftige Positionierung der zentralen IT-Dienstleisterin Dataport, die Standardisierung der Hard- und Software, die Einführung eines einheitlichen betriebswirtschaftlichen Steuerungssystems (SAP ERP / Doppik), die Integration bestehender Fachverfahren in eine übergreifende Prozessautomation, die Bereitstellung von Basisdiensten (wie beispielsweise Formularenservice, Contentmanagement,

Dokumentenmanagement), die Einrichtung von Shared-Service-Centern sowie eines einheitlichen IT-Sicherheits-managements als strategische Schlüsselkomponenten angesehen.

Die Ressorts und Behörden sollen hierdurch von IT-Querschnittsaufgaben entlastet werden und sich verstärkt der IT-gestützten fachlichen Erledigung ihrer Aufgaben auf den unterschiedlichen Politikfeldern widmen können.

Diese strategischen Ziele sind nur erreichbar, wenn IT inhaltlich, organisatorisch und finanziell entsprechend priorisiert wird.

2.2 Konzeptionelle Ausrichtung

2.2.1 Konzeptionelle Grundlagen

Grundlage der Planungen ist das Landessystemkonzept Schleswig-Holstein (LSK SH). Das LSK SH ist eine zukunftsorientierte IT-Strategie, mit dem Ziel die Aufbau- und Ablauforganisation in den Behörden mit Unterstützung der IT zu modernisieren und zu optimieren. Das LSK SH integriert eine auf Standardisierung, Kommunikation und Information ausgerichtete ressortübergreifende Systemarchitektur und ein ressortübergreifendes IT-Organisationskonzept zu einem ganzheitlichen Ansatz. Das LSK SH und die erzielten Ergebnisse sind die technische Basis des heutigen E-Government in Schleswig-Holstein.

Ein weiterer Baustein ist das Konzept „Finanzielle Gesamtsteuerung von IT-Maßnahmen in der Landesverwaltung“. Das Konzept beschreibt die Budgetierung und das Controlling im IT-Finanzmanagement.

Beide Konzepte müssen in 2007 zusammengeführt und fortgeschrieben werden. Das Gesamtkonzept IT Land SH (IT LSH) muss sich an der künftigen (neuen) E-Government-Strategie des Landes Schleswig-Holstein ausrichten und die Fachverfahren der Ressorts in die strategischen und konzeptionellen Überlegungen einbinden.

2.2.2 Datenschutz und Datensicherheit

Die Regelungen des Datenschutzgesetzes und der Datenschutzverordnung des Landes Schleswig-Holstein sind integraler Bestandteil der IT-Strategie des Landes Schleswig-Holstein.

Die Anforderungen der IT- und Datensicherheit finden zum Schutz der Informationen sowie zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Datenverarbeitung bereits im Stadium der Planung und Konzeptionierung der IT Berücksichtigung finden.

Das Zentrale IT-Management sowie die Ressorts beziehen das Unabhängige Landezentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD SH) frühzeitig in die Planungsprozesse der IT ein und nutzt dessen Beratungskompetenz zur Analyse, Bewertung und strukturierten Gestaltung datenschutzkonformer und -sicherer Verarbeitungsprozesse einschließlich der jeweiligen Auftragsdatenverarbeitung.

Die für die Sicherheit in der Informationstechnik (IT-Sicherheitsarchitektur) maßgebenden grundlegenden Sicherheitsziele wie Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit werden im Interesse eines wirksamen Schutzes personenbezogener Daten um die drei Sicherheitsziele Authentizität, Revisionsfähigkeit und Transparenz ergänzt, um den Nachweis der Urheberschaft elektronischer Kommunikation, der Revisionsfähigkeit der Vergabe und Nutzung von Berechtigungen sowie der Administration durch eine datensparsame, aber aussagekräftige Protokollierung und eine nachvollziehbare und aktuelle Dokumentation der betriebenen automatisierten Verfahren sicherzustellen.

Um Ressourcen zu sparen und Fehlentwicklungen vorzubeugen, erfolgt die Gestaltung und Implementierung der IT in einem Regelzyklus aus Konzeptionierung, Test- und Probeverfahren, einem fakultativen Pilotbetrieb, an die sich nach einer Freigabe durch den oder die Verantwortliche(n) der Produktivbetrieb mit Echtdateien anschließt.

2.2.3 Maßstäbe der Bewertung

Die inhaltliche, organisatorische und finanzielle Bewertung bzw. Priorisierung von IT-Maßnahmen ist ein strategisches Ziel. Durch folgende Maßnahmen wird dieser Ansatz umgesetzt:

Phase 1: Grundsätze der Priorisierung

Die Grundsätze der Priorisierung von IT-Maßnahmen haben die Ressorts in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium entwickelt. Die Priorisierung erfolgt durch die Ressorts und spiegelt im Wesentlichen das verwaltungsinterne Ranking wieder. Diese Angaben werden von dem Finanzministerium auf Plausibilität und Vollständigkeit aller Bewertungsmerkmale geprüft.

Phase 2: Bewertung der Schwerpunkte der IT nach Zielen der Politik

Durch das Finanzministerium wird bewertet, inwieweit die IT eines Ressorts die politischen Ziele der Landesregierung unterstützt oder inwieweit das Ressorts selbst einen besonderen Schwerpunkt der Landespolitik darstellt. Dies erfolgt z. B. in Auswertung der Koalitionsvereinbarung; der Arbeitspapiere der Landesregierung und anhand aktueller Kabinettsbeschlüsse usw.

Die jeweilige Einstufung beeinflusst die Budgetierung im Kapitel 1103 z. B. durch Vorwegabzüge (Beispiel aus 2006: EOSS – Reorganisation der Steuerverwaltung).

Phase 3: Bewertung der IT-Maßnahmen anhand der strategischen und konzeptionellen Ausrichtung

Das Finanzministerium bewertet die IT-Maßnahmen auch anhand ihrer Auswirkungen auf das Gesamtsystem „IT Land SH“.

Steuerungsrelevante Maßnahmen werden identifiziert und entsprechend den finanziellen Möglichkeiten gefördert. Sofern erkennbar ist, dass

Entwicklungen der Ressorts einen Landesstandard definieren könnten, werden die IT-Maßnahmen vom Zentralen IT-Management auch fachlich begleitet. Entsprechende Lösungen werden in der Regel mit Zustimmung der IT-Kommission des Landes Schleswig-Holstein landesweit eingesetzt.

Insbesondere neue IT-Maßnahmen, die nicht der strategischen Linie folgen, werden gekennzeichnet und in den Budgetgesprächen zur Planaufstellung oder in der unterjährigen Steuerung der IT gesondert verhandelt. Im Eskalationsfalle werden entsprechende IT-Maßnahmen nicht finanziert.

3. Daten und Kennzahlen

3.1 IT-Budget 2007 und MFP

Die Veranschlagung des IT-Budgets in Schleswig-Holstein erfolgt zentral im Kapitel 1103 (Informations- und Kommunikationstechnologien für E-Government).

Das IT-Budget 2007 beträgt für alle im Kapitel 1103 veranschlagten IT-Maßnahmen 105.000,0 T€(Ausgaben). Im Haushaltsjahr 2008 wird die IT bei 101.0000 T€budgetiert. Die MFP ab 2009 überrollt sich bei 105.000,0 T€.

Das IT-Budget unterschreitet die erfassten Mittelbedarfe der Ressorts mit Stand vom 09.11.2006 um ca. 13.102 T€ (das entspricht ca. 12,5 % - vgl. Seite 17, Nr. 3.4.1). In 2007 ff. sind daher Bewirtschaftungs- und Controllingmaßnahmen erforderlich, um den Betrieb und eine angemessene Fortentwicklung der IT sicherstellen zu können. Die Vorgaben werden vom Finanzministerium im Rahmen der jährlichen Haushaltsführung erlassen.

Die Haushaltsmittel werden den Ressorts Maßnahme bezogen zugewiesen. Die Höhe der Zuweisungen richtet sich nach dem Realisierungsgrad einer IT-Maßnahme. Die Steuerung des Budgets erfolgt durch das Finanzministerium. Die IT-Ressortpläne der Ressorts und der IT-Gesamtplan werden unterjährig fortgeschrieben und an neue gesetzliche, politische oder technische Entwicklungen angepasst.

3.2 Grundsätze der Budgetierung

Die Budgetierung basiert auf praktischen Erfahrungen des Projektmanagements in den Behörden und Dienststellen der Landesverwaltung und des Multiprojektmanagements im Bereich des Dezentralen und Zentralen IT-Managements der Ressorts. Danach schreiten die geplanten IT-Maßnahmen oftmals nicht im Rahmen der angesetzten Arbeitsplanung fort. Die dadurch nicht verbrauchten Mittel werden an das Finanzministerium zurückgemeldet und ggf. anderen IT-Maßnahmen der Ressorts wieder zur Verfügung gestellt. Die Rückmeldung von Haushaltsmitteln erfolgt grundsätzlich quartalsweise und wird über ein Berichtswesen gesteuert.

Für die Bewirtschaftung und Zuweisung von Haushaltsmitteln gelten folgende Grundsätze:

- Die Ausgaben der Grundversorgung der Dienststellen werden anteilig zugewiesen. Die Höhe der Zuweisungen wird mit den Ressorts in den jährlichen Budgetgesprächen verhandelt. Die Zuweisung erfolgt zum Anfang des Jahres und unterliegt dem Berichtswesen der unterjährigen Steuerung.
- Die Ausgaben für Ersatzbeschaffungen werden anhand der aktuellen Beschaffungspreise für Hard- und Software ermittelt und in Höhe der

tatsächlichen Auftragslage zugewiesen. Das Finanzministerium sichert die entsprechenden Investitionen bis maximal in Höhe der angemeldeten Ersatzbeschaffungen durch Vorwegabzüge im Kapitel 1103.

- Im Rahmen der jährlichen Budgetgespräche wird die Arbeitsplanung der Ressorts für die IT-Verfahren (lfd. IT-Maßnahmen) besprochen. In diesen Verhandlungen werden die variablen Pflege- und Entwicklungskosten identifiziert und die Höhe der entsprechenden Zuweisungen festgelegt. Unterstützt wird dieser Prozess mit den Angaben aus der landesweiten Vertragsdatenbank.
- IT-Vorhaben (neue IT-Maßnahmen) der Ressorts unterliegen generell einem Finanzierungsvorbehalt. Voraussetzungen für die Finanzierung entsprechender Maßnahmen sind:
 1. Die Unterlagen zur IT-Planung müssen vollständig sein. Zwingend erforderlich ist eine Wirtschaftlichkeitsberechnung entsprechend den Vorgaben des § 7 LHO, eine erste Konzeptionierung des IT-Vorhabens sowie die grundlegenden Unterlagen der IT-Planung (Stammdatenblatt, Berechnung der Kosten einschl. MFP, Priorität usw.).
 2. Darüber hinaus müssen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. In der Regel kann die Entscheidung über die Realisierung neuer IT-Maßnahmen erst im Anschluss an die jährlichen Budgetgespräche erfolgen, da vorrangig die Ausgaben der Grundversorgung der DSt, der Ersatzbeschaffungen sowie der Betrieb und die Fortentwicklung der IT-Verfahren zu planen und zu sichern sind.

Mit der Zusage der Finanzierung eines IT-Vorhabens stellt das Finanzministerium sicher, dass die Haushaltsmittel zur Begleichung von Rechnungen bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Die Zuweisung von Haushaltsmitteln erfolgt entsprechend dem Umsetzungsgrad der IT-Maßnahme (Berichtspflicht des Ressorts).

3.3 Ausgangslage und Bedarfe der IT in 2007 / 2008

3.3.1 Tabelle 1

Bedarfe der Ressorts für 2007 / 2008 (Stand 09.11.2006)
Auswertung nach Ressort und Dienststellen

Ressort	DSt/Ref.	Ansatz 2007 in T€	Ansatz 2008 in T€	
FM	AIT	15.686,0	12.747,0	
	LBesA	4.264,6	4.150,5	
	Ministerium	49.054,3	54.460,5	
FM	Gesamt	69.004,9	71.358,0	
IM	AfK	154,6	170,5	
	LfA	140,0	126,5	
	LPA	19.978,1	17.030,5	
	LVermA	2957,7	3.119,2	
	Ministerium	3.308,5	2.218,5	
	IM	GESAMT	26.538,9	22.665,2
MBF	IQSH	197,0	214,0	
	Ministerium	580,8	531,3	
MBF	GESAMT	777,8	745,3	
MJAE	Amtsgericht SL	662,9	632,5	
	Finanzgericht SH	31,8	60,0	
	Generalstaatsanwalt	625,0	2.218,0	
	Landesarbeitsgericht SH	25,0	25,0	
	Landessozialgericht SH	286,4	302,5	
	OVG SH	65,6	70,9	
	ZIT Justizvollzug	395,3	225,5	
	Ministerium	5.646,6	5.880,9	
	MJAE	GESAMT	7.738,6	9.415,3
	MLUR	Akademie für Natur und Umwelt	14,3	17,5
LANU		593,6	593,6	
Nationalparkamt		153,2	177,7	
StUa Itzehoe		293,9	257,9	
StUa KI		83,9	84,4	
StUa SL		92,5	78,5	
Ministerium		9.346,8	8.502,4	
MLUR		GESAMT	10.578,2	9.712,0
MP	Archäologisches Landesamt	75,1	24,0	
	Landesbibliothek	68,7	38,8	
	Landesamt für Denkmalspflege SH	110,7	20,6	
	Landesarchiv SH	150,5	61,5	
	Landeszentrale f. politische Bildung	39,3	12,6	
	LV Berlin	41,0	41,4	
	StK	589,4	773,0	
MP	GESAMT	1.074,7	971,9	
MSGF	LASD SH	797,1	707,5	
	LGA SH	252,5	277,5	
	Ministerium	369,7	455,5	
MSGF	GESAMT	1.419,3	1.440,5	
MWV	Ministerium	970,0	522,0	
MWV	GESAMT	970,0	522,0	
	Anmeldungen GESAMT	118.102,4	116.830,2	

3.3.2 Tabelle 2

Gesamtanmeldungen 2007 / 2008 (Stand 09.11.2006)
Auswertung nach Art der IT-Maßnahme

Art der IT-Maßnahmen	in T€	in T€
	2007	2008
Grundversorgung der Dienststellen	8.731,8	9.557,1
Ersatzbeschaffungen (Reinvestitionen für Hard- und Software)	13.744,5	14.729,3
IT-Verfahren der Ressorts (Betrieb, Pflege und Fortentwicklung von Fachverfahren)	90.112,8	86.538,5
IT-Vorhaben der Ressorts (Neuentwicklungen von Fachverfahren)	5.513,3	6.005,5
Gesamt	118.102,4	116.830,2

3.3.3 **Tabelle 3**

Gesamtanmeldungen 2007 / 2008 (Stand 09.11.2006)
Auswertung nach Klassifizierung der IT-Maßnahmen
(nur IT-Verfahren und IT-Vorhaben)

IT-Verfahren (Produktion, Pflege und Fortentwicklungen)			2007	2008
Infrastruktur				
L K	Betrieb und Pflege der Netze und Kommunikationstechnologien der Ressorts		31.108,6	32.982,6
L iM	Qualifizierte Fortentwicklung der Netze und Kommunikationstechnologien der Ressorts (überwiegend Investitionsmaßnahmen)		3.686,0	2.731,0
L BD	Betrieb und Pflege von Basisdiensten (überwiegend FM mit Mail, SHIP pp.)		14.379,7	12.716,5
Summe:			49.174,3	48.430,1
Fachanwendungen				
L S	Sonstige Ausgaben (Leistungen für den KoopA; Steuerungsprozesse pp.)		1.705,0	1.647,0
L RÜ	Betrieb und Pflege von ressortübergreifenden IT- Verfahren (z. B. SAP; PERMIS pp.)		16.268,1	15.447,2
L RI	Betrieb und Pflege von ressortinternen Verfahren (polizeiliche Fachverfahren, Steuerverfahren pp.)		22.965,4	21.014,0
Summe:			40.938,5	38.108,2
IT-Verfahren (lfd. IT-Maßnahmen) GESAMT			90.112,8	86.538,3

IT-Vorhaben (neue Entwicklungen)

Infrastruktur		2007	2008
N iM	Entwicklungen (überwiegend Investitionsmaßnahmen) im Bereich Kommunikation und Basisinfrastruktur der DSt	1.784,0	465,0
N BD	Entwicklung neuer Basisdienste der Ressorts (Beschaffungsplattform SH; CITRIX-Anwendungen pp.)	1.585,0	1.165,0
	Summe:	3.369,0	1.630,0
Fachanwendungen			
N RÜ	Entwicklung neuer ressortübergreifender Fachanwendungen (z. B. Personalmanagement; neue Finanzmanagementsysteme)	1.354,0	4.100,0
N RI	Entwicklung neuer ressortinterner Fachanwendungen	790,3	275,5
	Summe:	2.144,3	4.375,5
IT-Vorhaben (Neue IT-Maßnahmen)			
GESAMT		5.513,3	6.005,5

3.4 Sachkosten und Investitionen im Kapitel 1103

Basisdaten gem. Haushaltsplan:

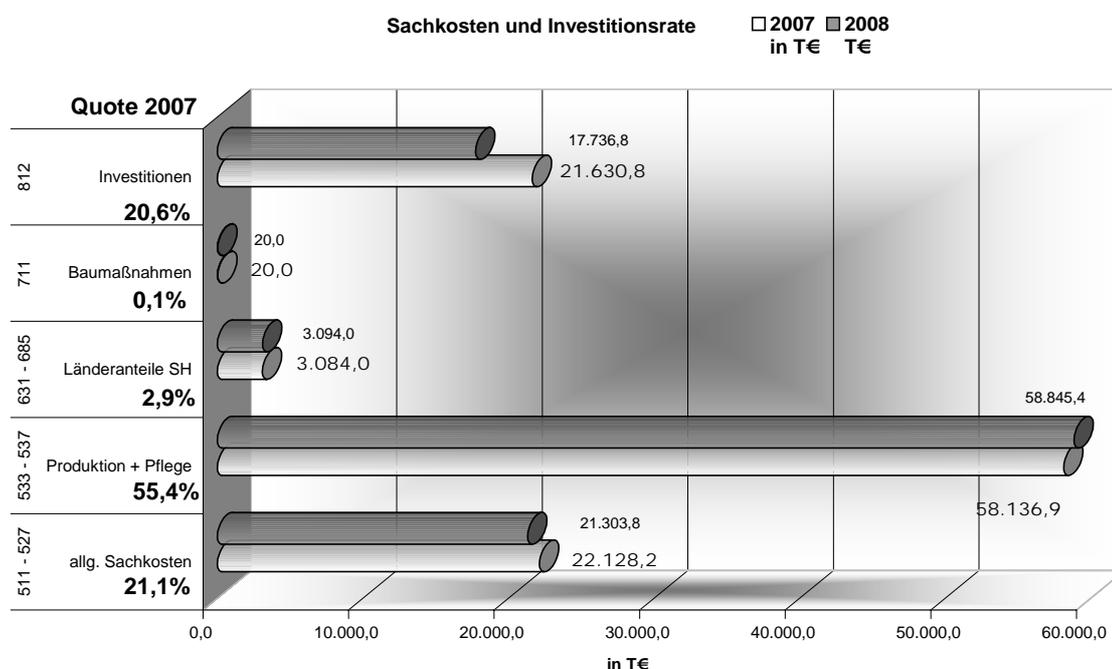
Rundungsdifferenzen möglich!

Titelgruppierung	Verwendungszweck	2007 in T€	Quote	2008 in T€	Quote
511 - 527	allg. Sachkosten	22.128,2	21,1%	21.303,8	21,1%
533 - 537	Produktion + Pflege	58.136,9	55,4%	58.845,4	58,3%
631 - 685	Länderanteile SH	3.084,0	2,9%	3.094,0	3,1%
711	Baumaßnahmen	20,0	0,1%	20,0	0,1%
812	Investitionen	21.630,8	20,6%	17.736,8	17,6%
GESAMT	Kapitel 1103 (Ausgaben)	104.999,8	100,0%	101.000,0	100,0%

Grafik „Quote der Sachkosten und Investitionen“

Vergleich der Haushaltsjahre 2007/2008

Rundungsdifferenzen möglich!



Bewertung:

Das Budget ab 2007 entspricht nicht den geplanten und angemeldeten Bedarfen der Ressorts. Es besteht ein Delta von durchschnittlich 14% pro Haushaltsjahr (vgl. Tabelle 4 auf Seite 17). **Es sind Bewirtschaftungs- und Controllingmaßnahmen notwendig.**

Um bereits frühzeitig die Planungen der Ressorts so zu koordinieren, dass mit dem festgesetzten Budget ein maximaler Erfolg erzielt werden kann, **ist ein IT-Controlling einzuführen.** Die Steuerung erfolgt durch das Finanzministerium und wird soweit wie möglich automatisiert durchgeführt. Die Einführung eines IT-Controllings ist als IT-Maßnahme im Kapitel 1103

veranschlagt (ITM Nr. 2006050067 – PlaFiS) und wird unter Nr. 4.1.2 beschrieben.

3.4.1 Tabelle 4:

Delta bis 2011 (Stand 09.11.2006)

Bedarfe der Ressorts zu verfügbarem Budget bis 2011 in T€ und %

Anmeldungen GESAMT	2007 in T€	2008 in T€	2009 in T€	2010 in T€	2011 in T€
Grundversorgung der DSt	8.731,8	9.557,1	9.396,7	9.562,6	9.661,9
Ersatzbeschaffungen	13.744,5	14.729,3	13.372,4	12.978,4	14.674,4
IT-Verfahren der Ressorts	90.112,8	86.538,5	86.045,2	88.983,2	88.252,2
IT-Vorhaben der Ressorts	5.513,3	6.005,5	8.378,0	7.433,6	7.441,8
Anmeldungen Gesamt (Bedarfe der Ressorts)	118.102,4	116.830,2	117.192,3	118.957,8	120.030,3
Ansatz Kapitel 1103 (gem. Haushaltsplan)	105.000,0	101.000,0	105.000,0	105.000,0	105.000,0
Differenz Ansatz - Bedarf (-) weniger zur Verfügung	-13.102,4	-15.830,2	-12.192,3	-13.957,8	-15.030,3
in % (Ansatz = 100 %)	-12,5%	-15,6%	-11,6%	-13,3%	-14,3%

3.5 Verteilung der Investitionen in den Jahren 2007 / 2008 (Ersatz / Neuinvestitionen)

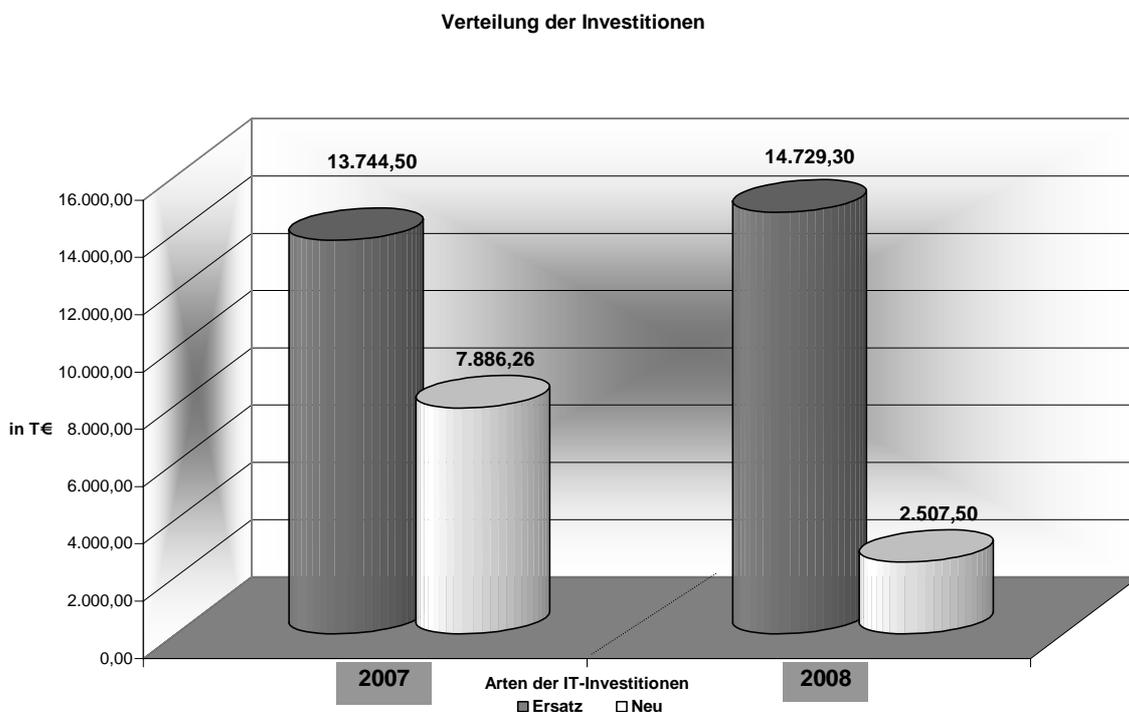
Basisdaten gem. Haushaltsplan:

Rundungsdifferenzen möglich!

Titelgruppierung	Verwendungszweck	2007 in T€	Quote	2008 in T€	Quote
812	Ersatz	13.744,5	63,5%	14.729,3	83,0%
812	Neu	7.886,3	36,5%	3.007,5	17,0%
GESAMT	Kapitel 1103 (Ausgaben)	21.630,8	100,0%	17.736,8	100,0%

Grafik „Verteilung der Investitionen“ Vergleich der Haushaltsjahre 2007/2008

Rundungsdifferenzen möglich!



Bewertung

Der Ersatz von HW/SW (einschließlich aktiver Netzwerkkomponenten) verfestigt sich bei ca. 14.000,0 T€ pro Jahr. Die Finanzierung dieser Bedarfe hat höchste Priorität.

Da der Ansatz bei Titel 812 46 im Vergleich der Haushaltsjahre 2007 und 2008 sinkt, stehen für neue Investitionen künftig weniger Haushaltsmittel zur Verfügung. Um die Investitionsbedarfe dennoch decken zu können, müssen voraussichtlich Deckungsmittel der HG 5 (Sachkosten) in Anspruch genommen werden.

Maßnahmen

Die Planungen in den IT-Maßnahmen müssen bereits in 2007 auf die geänderten Rahmenbedingungen in 2008 angepasst werden. Des Weiteren sind strukturelle Einsparmöglichkeiten im Sachkostenbereich zu identifizieren und verfügbar zu machen.

3.6 Reinvestitionen (Ersatzbeschaffungen)

(geplante Hardwarebeschaffungen ohne Netzwerkkomponenten nach Ablauf der Mindestnutzungszeiten – Stückzahlen -)

3.6.1 Tabelle 5

Hardwareausstattung Land – Stand 31.12.2005 – Stückzahlen –

Hardware	FM	IM	StK	MBF	MWV	MSGF	MLUR	MJAE	GESAMT
Server	293	438	18	15	15	67	120	196	1.162
APC	6.867	7.606	288	402	341	1.072	1.913	4.956	23.445
Notebook	1.216	471	22	250	21	85	212	78	2.355
Drucker	4.958	5.387	245	370	327	1.001	1.573	4.659	18.520
Monitore	6.340	7.577	291	411	345	1.057	1.907	5.112	23.040

3.6.2 Tabelle 6

Geplante Ersatzbeschaffungen 2007 – Stückzahlen –

Hardware	FM	IM	StK	MBF	MWV	MSGF	MLUR	MJAE	GESAMT
Server	23	83	5	0	1	9	24	27	172
APC	1.856	2.502	130	95	55	190	380	730	5.938
Notebook	44	69	2	35	6	12	43	23	234
Drucker	255	1.373	51	110	36	190	315	1.164	3.494
Monitore	349	2.533	57	80	25	191	380	677	4.292

3.6.3 Tabelle 7

Geplante Ersatzbeschaffungen 2008 – Stückzahlen –

Hardware	FM	IM	StK	MBF	MWV	MSGF	MLUR	MJAE	GESAMT
Server	67	61	2	1	5	9	24	51	220
APC	1.645	1.190	69	95	49	190	380	1.644	5.262
Notebook	437	117	0	35	5	8	43	45	690
Drucker	586	859	17	105	62	190	315	1.263	3.397
Monitore	724	1.044	102	80	46	195	315	1.560	4.066

4. Steuerungsrelevante Entwicklungen

4.1 Steuerungsrelevante Entwicklungen der IT Land SH

4.1.1 IT-Organisation

Federführung: VI 53/VI 54; eingebunden sind VI 52 sowie alle Ressorts, der ULD SH und der LRH

Sachstand:

In der Landesverwaltung Schleswig-Holstein werden gleichartige IT-Dienstleistungen unverändert an verschiedenen Stellen der Landesverwaltung erbracht. Dies birgt die Gefahr von Doppelentwicklungen und behindert die effektive Nutzung des in der Landesverwaltung vorhandenen Know-hows. Auch werden immer mehr konzeptionelle und operative Leistungen Dataport übertragen. Darüber hinaus zwingen die lfd. Kooperationen insbesondere mit der Freien und Hansestadt Hamburg die Landesverwaltung über neue ressortübergreifende Organisationsstrukturen nachzudenken.

Erste Ansätze und Ergebnisse hierzu lieferte der strategische Workshop aller Ressorts vom 10./11.05.2006 in Sankelmark. Es gilt nunmehr die neuen Strukturen und Entwicklungen zu verifizieren und zu bewerten.

Ziele:

IT-Dienstleistungen sind gezielt zu bündeln, um den Auf- und Ausbau einer homogenen integrierten IT-Systemlandschaft, insbesondere unter Berücksichtigung der Fachverfahren der Ressorts für eine standardisierte Unterstützung von Querschnittsaufgaben zu fördern und die Voraussetzungen für eine schnelle flächendeckende Bereitstellung insbesondere von Funktionen im E-Government für alle Behörden und Einrichtungen der Landesverwaltung zu gewährleisten. Darüber hinaus ist die Aufbau- und Ablauforganisation der IT des Landes Schleswig-Holstein zu modernisieren und zu optimieren.

Insgesamt soll der strategische Ansatz, eine auf Standardisierung, Kommunikation und Information ausgerichtete ressortübergreifende Systemarchitektur und ein ressortübergreifendes IT-Organisationskonzept zu einem ganzheitlichen Ansatz zu verbinden, weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Maßnahmen:

Um den Auf- und Ausbau einer homogenen integrierten IT-Systemlandschaft mit den Bestandteilen „Technische Infrastruktur, IT-Sicherheit und IT-Organisation“ zu koordinieren, wird das Projekt +1 als IT-Maßnahme verfestigt und erhält einen personellen Unterbau mit Unterstützung der Ressorts (angestrebt wird die Einrichtung eines interministeriellen Projektes). Das Projekt entwickelt Handlungsstrategien und wird diese wirtschaftlich bewerten. Eine darauf aufsetzende

Umsetzungsstrategie wird voraussichtlich auf einen mehrjährigen Entwicklungsprozess mit zeitlich und inhaltlich abgestuften Einzelmaßnahmen auszurichten sein.

Priorität / Einstufung:

Aus Sicht der Gesamtentwicklung der IT wird eine herausgehobene Entwicklung angestoßen, die mittelfristig weitreichende Entscheidungen der Landesregierung zur Aufbau- und Ablauforganisation der Landesverwaltung erfordert. Mit Blick auf die bevorstehenden Aufgaben ist die dafür notwendige personelle Ausstattung im Finanzministerium dringend zu verbessern.

Finanzielle Auswirkungen (Auszahlung ist nicht abschließend):

Folgende Haushaltsanmeldungen unterstützen diesen prioritären Prozess:

ITMNr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2005050037	FM	IKO III – Folgeverfahren (+1 IT Org)	350,0	370,0

4.1.2 IT-Planung, Finanzen und Steuerung (PlaFiS)

Federführung: VI 53; eingebunden ist das Ref. IV 12

Sachstand:

Im Dezember 2006 wurde der IT-Kommission des Landes Schleswig-Holstein der ressortinterne Lösungsansatz des Innenministeriums zur unterjährigen Steuerung der IT vorgestellt. Der Lösungsansatz basiert auf den Vorgaben des Finanzministeriums und versucht die technischen sowie finanziellen Planungsprozesse der IT, die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im lfd. Jahr, das Projektmanagement und die notwendigen Controllingmechanismen umfassend in einem Steuerungsprozess zusammenzufassen. PlaFiS erhebt den Anspruch alle Prozesse der IT zu bewerten und ggf. Regelungen zu treffen, um eine einheitliche und ressortübergreifende Vorgehensweise sicherstellen zu können. PlaFiS ist somit **der prioritäre Steuerungsprozess** im zentralen Finanzmanagement der IT des Landes Schleswig-Holstein.

Ziele:

Vorrangiges Ziel von PlaFiS ist es, die Vorgaben der Landesregierung für die IT umzusetzen. Voraussetzung ist der Aufbau eines einheitlichen und ressortübergreifenden Steuerungssystems (IT-Controlling). Der Aufbau von Datenbanken und die Bereitstellung der notwendigen Werkzeuge ist eine grundlegende Voraussetzung für die Einführung eines IT-Controllings.

Die IT unterstützt die Fachabteilungen in der Aufgabenerledigung und erhöht deren Leistungsfähigkeit. Um Handlungsschwerpunkte zu erkennen und Redundanzen zu beseitigen, ist eine Steuerung von IT-Maßnahmen entlang ihres gesamten Lebenszykluses notwendig.

Die Zielerreichung von IT-Maßnahmen ist von der ersten Planung an bis zur Übergabe in den Betrieb über eine „Unterjährige Steuerung“ zu überwachen. Neben der Kontrolle über den Mittelverbrauch, sind die Risikobetrachtung und die Prüfung auf Wirtschaftlichkeit wesentliche Bestandteile der unterjährigen Steuerung.

Nutzen von PlaFiS

Eine IT-Steuerung in Verbindung mit einem abgestimmten Personaleinsatz ermöglicht eine transparente strukturierte Planung von IT- und Organisationsprojekten. Durch verbesserte Planungen können die knappen Ressourcen den IT-Verfahren Ziel gerichteter zur Verfügung gestellt und kostenintensive Korrekturen weitestgehend vermieden werden.

Dies wird durch eine IT-Architektur unterstützt, die es ermöglicht, durch flexible Anpassungen den Ressourcenverbrauch bei Veränderungsprozessen gering zu halten.

Die zentrale IT-Steuerung wird Synergien in allen Verwaltungsbereichen erzeugen. Die Verknüpfungen von IT zu den Fachaufgaben werden

erstmalig transparent. Der Wertbeitrag der IT zur Aufgabenerledigung bleibt somit keine unbekannte Größe.

Maßnahmen:

Das Finanzministerium hat die neue Methodik zur IT-Planung und Steuerung implementiert. Die Methodik ist grundsätzlich wirksam, muss jedoch in einigen Eckwerten ab 2007 überarbeitet und ergänzt werden. PlaFiS ist vorrangig ein konzeptioneller Ansatz und befasst sich nur nachrangig mit Fragen der IT-Architektur.

In den nächsten Monaten soll ermittelt werden, wie die bereits bestehende Infrastruktur für ein IT-Controlling genutzt werden kann und ob über Anpassungen und/oder Ergänzungen die steuerungsrelevanten Informationen auf allen Ebenen stabil zur Verfügung gestellt werden können.

Priorität / Einstufung:

Der Aufbau eines IT-Controllings ist in den kommenden Haushaltsjahren der Schwerpunkt des zentralen IT-Finanzmanagements. Zzt. werden folgende Entwicklungen koordiniert: Aufbau und Einführung einer haushaltskonformen ressortübergreifenden Inventarisierung; Aufbau und Einführung eines zentralen Lizenzmanagements, Aufbau und Betrieb einer zentralen Vertragsdatenbank, Reorganisation der zentralen IT-Beschaffung.

In diesen Prozess sind alle Ressorts einzubeziehen. Ggf. ist ein ressortübergreifendes Projekt PlaFiS einzurichten, um die personellen Kapazitäten zu sichern, die zum Aufbau und zur Einführung eines IT-Controllings erforderlich sind. Mit Blick auf die bevorstehenden Aufgaben ist die dafür notwendige personelle Ausstattung im Finanzministerium dringend zu verbessern.

Finanzielle Auswirkungen (Auszahlung ist nicht abschließend):

Folgende Haushaltsanmeldungen unterstützen diesen prioritären Prozess:

ITMnr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2006050065	FM	Inventarisierung (Ham.s.t.er)	200,0	150,0
2006050067	FM	PlaFiS (IT-Planung, Finanzen und Steuerung)	100,0	100,0
2004040013	IM	ITNET-SH bzw. Support IT (ARIS CC)	361,0	331,0

4.1.3 Ausbau der IT-Infrastruktur

Federführung: VI 54

Der Ausbau der IT-Infrastruktur betrifft die allgemeine Kommunikationsinfrastruktur, darauf aufbauende bzw. nutzende Dienste sowie Funktionen, welche als Basiskomponenten für E-Government und für die Querschnitts- oder Fachverfahren standardisiert zum Einsatz kommen.

4.1.3.1 Kommunikationsinfrastruktur (Landesnetz SH)

Sachstand:

Als Kommunikationsinfrastruktur wird die Gesamtheit der Komponenten zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten Daten- und Sprachkommunikation von Behörden, Einrichtungen und sonstigen Stellen verstanden.

Die zentrale Kommunikationsplattform für die Dienststellen der Landesverwaltung einschließlich der Polizeidienststellen und großer Teile der kommunalen Verwaltung in Schleswig-Holstein ist das Landesnetz SH (integriertes Sprach- und Datennetz SH). Es bildet damit eine der zentralen Grundlagen für den zeitgerechten und reibungslosen Ablauf der Geschäftsprozesse der Landesbehörden. Es stellt eine unverzichtbare Grundlage für die überwiegenden Kernaufgaben der Landesverwaltung dar, denn fast alle fachaufgaben-spezifischen und informationstechnischen Anwendungen nutzen diese einheitliche Infrastruktur als physikalischen Unterbau. Auch für sog. übergelagerte allgemein nutzbare Dienste sowie die Umsetzung von E-Government in der Landesverwaltung ist das Landesnetz erforderlich.

Das Landesnetz ist mit gesicherten Übergängen in Fremdnetze wie dem INTERNET oder dem TESTA-Netz ausgestattet und bildet daher auch die Grundlage für Fachanwendungen mit Bezug zu Externen, z.B. zum Bürger bzw. zu anderen Bundesländern.

Das Landesnetz wird weiterhin ausgebaut und innoviert. Zzt. wird das Konzept zur IP-Telefonie in die Praxis umgesetzt. Ziel ist es, das Landesnetz noch effizienter zu gestalten, um dadurch auch die TK-Anlagen zu reduzieren. Weitere Optimierungspotentiale sind in diesem Zusammenhang vorhanden. Diese bestehen insbesondere in der Beseitigung von Mehrfachzuständigkeiten und Tätigkeiten in Bezug auf Planung und Betrieb bei den Infrastrukturen der Ressorts, die auf der Grundvernetzung basieren (Subnetze bzw. lokale Netze, TK-Anlagen, Netzübergänge).

Ziele:

Dieses komplexe Gebilde aus unterschiedlichen Komponenten bedarf einer permanenten Anpassung an die fortschreitende technologische

Entwicklung und die stetig steigenden Anforderungen an Übertragungsgeschwindigkeit und Verfügbarkeit. Insbesondere Sicherheitsaspekte sowie die Erhöhung des Kommunikationsaufkommens erfordern eine regelmäßige Modernisierung.

Die bereits begonnene Aufhebung der Trennung von Sprach- und Datenkommunikation hat neue Möglichkeiten zur Einsparung von Haushaltsmitteln gebracht. Dieses ist kontinuierlich fortzuführen. Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen im Bereich der klassischen TK-Anlagen und der lokalen Netze sind zukünftig unter dem Aspekt einer informationstechnischen Integration zu betrachten.

Ziel ist es, bei der Integration von Sprach- und Datenkommunikation nicht die umfangreichen technologischen Möglichkeiten auszureizen, sondern die für einen zweckmäßigen Dienstbetrieb erforderlichen Funktionen als Standard festzulegen und so die Grundlage einer schrittweisen Umsetzung zu bilden. Die Erfüllung besonderer Leistungsmerkmale und Servicevereinbarungen für die Aufgabenerfüllung in Sicherheitsbereichen muss - entweder durch den Standard selbst oder fallweise realisiert - möglich sein.

Das Landesnetz bietet als Grundfunktionalität bereits bestimmte Sicherheitsstandards (vgl. 4.1.4).

Maßnahmen:

Es bedarf im ersten Schritt nicht der intensiven Befassung mit integrativen Technologien, sondern der Schaffung von Zuständigkeiten für integrative Maßnahmen bei Telefonie und Daten. Dazu sind die Planungs- und Betriebsprozesse für die genannten Bereiche in einer Hand verstärkt zu bündeln. Nur dadurch besteht die Möglichkeit, eine einheitliche Kommunikationsstruktur unter Berücksichtigung des kommunalen Bereiches landesweit zu planen und sicher, hochverfügbar sowie effizient zu betreiben.

Die v. g. Grundlagen dazu sind für das Landesnetz SH, die TK-Anlagen und die lokalen Netze durch die Landesregierung bereits geschaffen. Es gilt jetzt, die Umsetzungen voranzutreiben.

Neue Initiativen, neben operativen Leistungen auch die konzeptionelle Verantwortung für das Landesnetz an Dritte zu übertragen, müssen besonders sensibel geprüft und durchdacht werden, da insbesondere die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit sowie mittel- bis langfristig die Reduzierung der Kosten im Sinne der Konsolidierung des Landeshaushalt als strategisches Ziel des Landesnetz SH gesetzt sind. Dieses sind originäre Aufgaben der Landesregierung und entsprechen nicht den Interessen von Dienstleistern.

Priorität / Einstufung:

Die IT-Maßnahmen Sprach- und Datennetz stellen die Grundlage für die

Nutzung und Weiterentwicklungen der IT dar und sind somit in allen Bereich prioritär zu behandeln. Die IT-Maßnahmen werden aufgrund der finanziellen und strukturellen Bedeutung in gesonderten Maßnahmegruppen veranschlagt (Kapitel 1103, MG 02 und MG 03).

Die derzeitige Stellenbesetzung im Finanzministerium in den Bereichen Steuerung und insbesondere dem fachlichen Controlling ist zu verbessern. Die Gesamtkoordinierung und Wahrnehmung von zentralen Zuständigkeiten könnte hierdurch deutlich erhöht werden.

Finanzielle Auswirkungen

U. a. unterstützen folgende Haushaltsanmeldungen diesen prioritären Prozess:

ITMnr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2005050010	FM	Datennetz SH (Landesnetz)	13.290,3	15.055,4
2005050002	FM	Sprachnetz SH	17.362,0	17.535,0

4.1.3.2 Kommunikationsdienste und Zentrale Basisdienste

Federführung: VI 54

Sachstand:

Dienste nutzen die vorhandene Kommunikationsinfrastruktur bzw. bieten zweckmäßige verfahrenstechnische Ergänzungen. Im Wesentlichen handelt es sich um spezialisierte IT-Verfahren, die ressort- und/oder Fachaufgaben übergreifend bereitgestellt werden. Hierzu zählen insbesondere die Nutzungsmöglichkeiten zentraler Mail- und Verzeichnisdienste; Gateway- und Netzübergänge zum Internet oder TESTA oder der zentrale FAX-Service usw.

Ziele:

Die heute vorhandenen Dienste sind in Teilen noch zu optimieren. Durch die zentrale Bereitstellung dieser Dienste entfällt Doppelarbeit; gleichzeitig kann eine erhöhte Funktionalität und Verfügbarkeit bereitgestellt werden. Durch Nutzung dieser Potentiale können im IT-Budget neue Freiräume zur Finanzierung anderer IT-Maßnahmen geschaffen werden.

Maßnahmen:

Im Wege der bundeseinheitlichen Standardisierung werden weitere Abstimmungen mit den Ressorts und technische Lösungen notwendig.

Priorität / Einstufung:

Die Finanzierung entsprechender IT-Maßnahmen ist prioritär. Verfügbare Potentiale müssen erschlossen und genutzt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

U. a. unterstützen folgende Haushaltsanmeldungen diesen prioritären Prozess:

ITMnr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2005050003	FM	Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, TESTA, mobile IT-Systeme (Kopfstelle Kommunikation)	127,0	127,0
2005050014	FM	Betrieb und Fortentwicklung eines Verwaltungsbriefkastens	50,0	50,0
2005050046	FM	Koppelung der Verzeichnisdienste der Kommunalverwaltungen	250,0	75,0
2005050004	FM	IKO III - Kopfstelle	350,0	350,0
2005050011	FM	IKO III - Fortentwicklung	125,0	125,0
2005050017	FM	BDVLandsh / Behörden- und Dienststellenverzeichnis unter Einbindung anderer DB	50,0	30,0
2005050028	FM	Zentraler FAX-Service SH	50,0	50,0
2005050034	FM	Dienste im IKOTECH-System	75,0	75,0

4.1.4 **Aufbau einer Sicherheitsarchitektur IT SH**

Federführung: VI 54

Sachstand:

Die Verantwortung für die Sicherheit der Kommunikationsinfrastruktur liegt beim Zentralen IT-Managements des Finanzministeriums (Richtlinien IT-SH, Nr. 3.2 (6), Amtsblatt Schleswig-Holstein 2004, S. 1138). Daher ist das Sicherheitsmanagement (SiMan LSH) im ressortübergreifenden operativen IT-Management angesiedelt.

Das Landesnetz als landesweites Verwaltungsnetz in Schleswig-Holstein fördert den Austausch von Verwaltungsinformationen und die Ausbreitung von E-Government. Dabei dient es dazu, den elektronischen Datentransport zwischen den öffentlichen Stellen des Landes sicher zu stellen.

Aufgrund der großen strategischen Bedeutung des Landesnetzes, hat das Finanzministerium dafür ein Auditierungsverfahren nach § 43 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz (LD SG) durch das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD) durchführen lassen.

Der Aufbau einer Sicherheitsarchitektur für die IT des Landes hat begonnen. Die Definition von fachspezifischen Anforderungen und weitere Sicherheitsprüfungen werden z. B. für die Bereiche Telefonie und lokale Netze notwendig.

Ziele:

Für die Umsetzung des SiMan sind folgende grundsätzliche Ziele definiert:

- Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere Landesdatenschutzgesetz i.V.m. Datenschutzverordnung.
- Einheitliches hohes Sicherheitsniveau der Daten und der Kommunikation gewährleisten
- Gesicherte Kommunikation (Sprache und Daten) zwischen Landesbehörden sowie mit und zwischen Kommunen herstellen
- Landesnetz als sichere Plattform für ein landesweites E-Government bereitstellen

Maßnahmen:

Das im FM bereits vorhandene rudimentäre SiMan ist an die zukünftigen Anforderungen anzupassen und zum SiMan LSH fortzuschreiben.

Das Sicherheitsmanagement besteht aus definierten Aufgaben und Abläufen („Prozesse“), die verantwortlich von einer Sicherheitsmanagerin oder einem Sicherheitsmanager wahrgenommen werden müssen.

Die IT-Infrastruktur des Landes ist schrittweise in den Sicherheitsprozess einzugliedern. Für das Landesnetz wurde dieses bereits durchgeführt. Als weitere Maßnahmen sind zeitnah die Telefonie und die lokalen Netze umzusetzen. Mittelfristig sind IKOTECH/+1, Landesverzeichnisdienst, SAP sowie div. zentrale Fachverfahren einzubeziehen.

Priorität / Einstufung:

Sicherheitsmaßnahmen sind grundsätzlich in eine hohe Priorität einzustufen.

Finanzielle Auswirkungen:

Folgende Haushaltsanmeldungen unterstützen diesen prioritären Prozess:
(wird aus Mitteln des Landesnetzes finanziert; siehe 4.1.3.1)

4.1.5 Standards und Vereinheitlichung der Ausstattung der IT

Federführung: VI 54

Derzeit sind Schleswig-Holstein ca. 30.000 PC-Arbeitsplätze im Einsatz. Mit der Schaffung des IT-Budgets ist die finanzielle Grundlage geschaffen, bestehende Investitionsdefizite zu decken und die Standardisierung der Hard- und Software flächendeckend umzusetzen.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist, dass die IT des Landes Schleswig-Holstein weitestgehend auf Produkten der Firma Microsoft basiert. Hinsichtlich neuer Entwicklungen im Bereich der Betriebs- und Arbeitsplatzsysteme sind Strategien in Umgang mit Microsoft oder anderen größeren Anbietern z. B. Oracle zu entwickeln. Insbesondere die bestehenden Rahmenverträge sind zu prüfen und ggf. durch Landeslizenzen oder andere Lizenzmodelle zu ersetzen.

Ziele:

Ziel ist es, die Vereinheitlichung und Standardisierung im Hard- und Softwarebereich weiter voranzutreiben und die Modell- und Versionsvielfalt (HW/SW) zu begrenzen. Die Bildung von Arbeitsplatzstandards ist umzusetzen.

Auf Standardbüroarbeitsplätzen sind die Funktionalitäten (wie Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Präsentationserstellung, Bildbetrachtung, Groupware, Mail, Kalender, Browser für Internet- / Intranet, Zugänge bzw. Webanwendungen) den zeitgemäßen Anforderungen anzupassen.

Fachverfahren haben die vorhandenen Bürostandards zu berücksichtigen und ergänzen die Funktionalitäten jeweils bedarfsgemäß.

Maßnahmen:

Die bestehenden Anforderungen sind zu ermitteln. Die Anforderungen sind so zusammenzufassen, dass möglichst wenige Standardklassen entstehen. Für die allgemeinen Bürofunktionalitäten sollen allgemeine Ausstattungsregeln gelten. Maßnahmen für effizientes Management sind exemplarisch zu erarbeiten. Hierzu zählen u. a. die haushaltskonforme Inventarisierung und eine effiziente Lizenzverwaltung. Soweit möglich sind die Ansätze der Standardisierung auch auf die Serverstrukturen der Landesverwaltung zu übertragen.

Insbesondere im Hinblick auf die zentrale IT-Beschaffung ist eine generelle strategische Ausrichtung erforderlich. Einsparungspotenziale lassen sich so besser erschließen und können zu der gebotenen Wirtschaftlichkeit führen.

Priorität / Einstufung:

Die strategischen Zielsetzungen der Standardisierung von Hard- und Software sowie die Übernahme von Querschnittsaufgaben durch das Finanzministerium (Standardisierung von Prozessen) sind prioritär.

Finanzielle Auswirkungen

U. a. unterstützen folgende Haushaltsanmeldungen diesen prioritären Prozess:

ITMnr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2005050048	FM	Ersatzbeschaffungen Büroautomation FM - IKO III	154,0	186,5
2005050049	FM	Ersatzbeschaffung von Hardware	6,8	40,2
2005050050	FM	Ersatzbeschaffungen LBesA	109,3	81,8
2005050051	FM	Ersatzbeschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur	2.268,0	3.211,0
2004040040	IM	Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei	5.717,7	3.721,5
2004041605	IM	Ersatzbeschaffungen GB IM	130,8	190,5
2004042402	IM	Ersatzbeschaffungen	629,7	655,8
2004043380	IM	Ersatzbeschaffungen Amt für Katastrophenschutz	19,1	29,0
2004046101	IM	Ersatzbeschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten	31,0	17,5
2005070005	MBF	Ersatzbeschaffung von IT-Hardware im MBF	165,8	144,3
2006070008	MBF	Ersatzbeschaffungen des IQSH	115,0	132,0
2005090016	MJAE	Ersatzbeschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"	211,0	49,5
2005090017	MJAE	Reinvestitionen Verwaltungsgerichte	5,4	5,4
2005090018	MJAE	Ersatzbeschaffungen Sozialgerichtsbarkeit	114,7	108,7
2005090019	MJAE	Ersatzbeschaffung "Elektronisches Grundbuch"	67,0	119,0
2005090020	MJAE	Ersatzbeschaffung Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)	1.505,1	1.510,5
2005090021	MJAE	Ersatzbeschaffungen Landgerichte und OLG SL	165,4	508,1
2005090022	MJAE	Ersatzbeschaffungen Registerautomation Schleswig-Holstein (RaSch)	26,5	21,6
2005090023	MJAE	Ersatzbeschaffung MJAE (IKO III)	100,8	129,3
2005090024	MJAE	Ersatzbeschaffungen der Staatsanwaltschaften (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation / MESTA)	25,0	1.798,0
2005090025	MJAE	Ersatzbeschaffungen Finanzbericht SH	25,0	53,0
2005090026	MJAE	Ersatzbeschaffung "Automatisiertes Mahnverfahren"	53,2	0,0
2005100018	MJAE	Ersatzbeschaffungen für das LAG SH	93,1	113,6
2005130017	MLUR	Ersatzbeschaffung Ämter für ländliche Räume (ÄLR)	163,7	159,8
2005130018	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (MLUR)	239,0	239,0
2005130019	MLUR	Ersatzbeschaffung und Updates für die IT-Infrastruktur (ANU)	6,5	9,5
2005130020	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe)	87,9	75,9
2005130021	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (NPA)	26,5	26,5
2005130022	MLUR	Ersatzbeschaffung von Servern für Fachverfahren (LANU)	226,6	226,6
2005130023	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Schleswig)	57,5	57,5

2005130024	MLUR	Ersatzbeschaffung von Servern für Fachverfahren (StUA Schleswig)	15,0	0,0
2005130025	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Kiel)	57,4	57,4
2005130027	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LANU)	171,3	171,3
2005030008	MP	Ersatzbeschaffungen StK	31,4	78,0
2005030009	MP	Ersatzbeschaffungen LV Berlin	10,1	8,9
2006030018	MP	Reinvestitionen Landesarchiv	4,0	12,5
2006030019	MP	Reinvestitionen Landesbibliothek	23,1	14,8
2005100010	MSGF	IKO III Büro (Basisinfrastruktur) - Ersatzbeschaffung	179,1	259,4
2005100011	MSGF	Ersatzbeschaffungen IKO III Büro	74,0	66,0
2005100012	MSGF	Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS) - Ersatzbeschaffungen	0,0	0,0
2005100013	MSGF	Ersatzbeschaffung der IT-Basisinfrastruktur	279,6	235,4
2005100014	MSGF	Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BERzGG) - Ersatzbeschaffungen	5,0	5,0
2005100015	MSGF	Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG) - Ersatzbeschaffungen	5,0	5,0
2005100016	MSGF	Opferversorgung (KOV / Prosid) - Ersatzbeschaffungen	0,0	32,0
2005100017	MSGF	Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS) - Ersatzbeschaffungen	6,4	0,0
2005060008	MWV	Ersatzbeschaffung MWV	336,0	162,0
2005100008	MSGF	Migration IKO III	123,0	60,0
2006030012	MP	Migration auf „+1“	0,0	125,0
2005050041	FM	Einführung IKO III in der Steuerverwaltung	1.299,0	205,0
2006030013	MP	Migration auf IKO III – Landesarchiv	97,5	0,0
2006030014	MP	Migration auf IKO III – Landesbibliothek	21,6	0,0
2006030015	MP	Migration auf IKO III – Landeszentrale für politische Bildung	26,7	0,0
2006030016	MP	Migration auf IKO III – Landesamt für Denkmalpflege	90,1	0,0
2006030017	MP	Migration auf IKO III – Archäologisches Landesamt	51,1	0,0

4.1.6 Einführung eines einheitlichen Contentmanagement-Service für Internet, Extranet und Intranets (CMS-II)

Federführung: VI 52, eingebunden sind die StK und alle Ressorts

Sachstand:

Die Landesregierung hat beschlossen, ab 01.01.2006 die Internetadresse www.schleswig-holstein.de selbst zu nutzen und darunter das Landesportal auf- und auszubauen. Die Staatskanzlei ist verantwortlich für die inhaltliche Gestaltung, das Finanzministerium für die technische Lösung und das Innenministerium für das Angebot von Karten bezogenen Informationen.

Das Finanzministerium hat Dataport damit beauftragt, als eine gemeinsame technische Basis für Internet, Extranet und Intranet(s) den Contentmanagement-Service CMS-II aufzubauen und zu betreiben.

Ziele:

Das Landesportal soll die Internet-Angebote des Landes, der kommunalen Körperschaften sowie der anderen juristischen Personen, soweit diese der Aufsicht des Landes unterstehen oder aus Landesmitteln gefördert werden, im Internet unter der Adresse www.schleswig-holstein.de inhaltlich sinnvoll bündeln und nutzerfreundlich sowie barrierefrei zugänglich machen.

Das Landesportal soll außerdem vorrangig die Inhalte erschließen, die für ein erfolgreiches Standortmarketing des Landes Schleswig-Holstein im Internet relevant sind und der zentrale Einstieg zu allen E-Government-Dienstleistungen werden, die Schleswig-Holstein betreffen. Schließlich soll das Landesportal einen Beitrag zum Aufbau der gemeinsamen Verwaltungs- und Wirtschaftsregion mit Hamburg leisten.

Maßnahmen:

Bis Mitte 2007 sind das Landesportal und der Internetauftritt der Landesregierung auszubauen und nach CMS-II zu übertragen. Themenportale für die Bereiche Wirtschaft, Tourismus, Gesundheit, Bildung und Kultur sind zu konzipieren und in CMS-II aufzubauen. E-Government-Angebote sind in CMS-II zu integrieren.

Bis Ende 2007 sind Internet- und Intranetangebote der Landespolizei ebenfalls nach CMS-II zu übertragen. Anschließend erfolgt die Neugestaltung und Migration der Intranetlösungen.

Priorität / Einstufung:

Ein zeitgemäßes, aktuelles und barrierefreies Internetangebot ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung sowie Bestandteil der zentralen Basisinfrastruktur des Landes Schleswig-Holstein. Der Aufbau und der Betrieb von CMS-II sind prioritär.

Finanzielle Auswirkungen

U. a. unterstützen folgende Haushaltsanmeldungen diesen prioritären Prozess:

ITM Nr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2005050026	FM	Colanii - Contentmanagement der Landesregierung für Internet und Intranet	672,0	684,0
2005050027	FM	SHIP - Intranet der Landesregierung	62,0	37,0

4.1.7 Elektronische Registratur, Aktenführung und Vorgangsbearbeitung (IT-Verfahren eAkte)

Federführung: VI 52, eingebunden sind alle Ressorts

Sachstand:

Die Landesregierung hat den schrittweisen Wechsel zur elektronischen Aktenführung beschlossen. Das Finanzministerium hat im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung ein Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem für den Einsatz als Landesstandard ausgewählt und einen Rahmenvertrag mit dem Hersteller geschlossen, der eine Öffnungsklausel für andere Verwaltungen in SH und FHH enthält.

Die Stadt Kiel ist dem Rahmenvertrag bereits beigetreten, andere Kommunen haben Interesse.

Im IT-Verfahren „eAkte“ (elektronische Registratur, elektronische Aktenführung, elektronische Vorgangsbearbeitung) erfolgt der Einsatz des Produktes VISkompakt über Dataport. Grundlage ist der Standard IKOTECH III.

Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für die Nutzung des IT-Verfahrens eAkte zeigt, dass das IT-Verfahren eAkte unter Kosten-Nutzen-Aspekten unter den betrachteten Bedingungen wirtschaftlich ist. Die Einführung von eAkte ist außerdem dringlich und unter qualitativ-strategischen Gesichtspunkten geboten. Die Wirtschaftlichkeit hängt allerdings entscheidend davon ab, dass das IT-Verfahren in entsprechendem Umfang und in der entsprechenden Art und Weise tatsächlich genutzt werden wird.

Ziele:

Ziele für das IT-Verfahren eAkte:

- eAkte¹ muss der rechtssicheren Dokumentation des internen Verwaltungshandelns dienen.
- eAkte wird als notwendige Basis für eGovernment-Anwendungen benötigt.
- eAkte soll eine übergreifende Information „zu jeder Zeit an jedem Ort“ ermöglichen.
- eAkte soll eine notwendige Basis für Wissensmanagement innerhalb der öffentlichen Verwaltung bilden.
- Papier wird, wenn eAkte eingeführt ist, möglichst minimal und als ergänzendes Medium benutzt.

Maßnahmen:

Die datenschutzrechtlich erforderlichen übergreifenden Konzepte sind

¹ Der Begriff „eAkte“ meint auch hier den Gesamtumfang von elektronischer Registrierung von Schriftgut, elektronischen Akten und elektronischer Vorgangsbearbeitung

vorbereitet und werden im Rahmen der Vorabkontrolle gemäß § 9 LDSG dem ULD vorgelegt. Für die ressortbezogenen entsprechenden Unterlagen sind Muster erarbeitet worden. Anschließend wird das FM für die Nutzung des IT-Verfahrens eAkte Festlegungen treffen (IT-Ausführungsbestimmung). Die Einführung des IT-Verfahrens erfolgt in Verantwortung der Ressorts. Mitbestimmungsgremien werden fortlaufend beteiligt, formale Vereinbarungen sind übergreifend und dezentral noch abzuschließen.

Priorität / Einstufung:

Die eAkte stellt den Landesstandard und ist eine ressortübergreifende Fachanwendung mit hoher Priorität. Die Einführungsphase von eAkte erfordert verstärkten Personaleinsatz im Bereich Organisation und Einführungsunterstützung. Nur unter dieser Bedingung kann sichergestellt werden, dass die mit dem IT-Verfahren erreichbaren Freiräume an Arbeitszeit auch realisiert werden können.

Finanzielle Auswirkungen

U. a. unterstützen folgende Haushaltsanmeldungen diesen prioritären Prozess:

ITMnr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2005050023	FM	Elektronische Akte (eAkte / Dokumentenmanagement)	601,0	601,0

4.1.8 **Geodatenmanagement**

Aufbau und Betrieb einer Geodateninfrastruktur

Federführung: IV 55, eingebunden sind die Ressorts wie z. B. MLUR, StK; MWV, MSGF

I. Einleitung

Geobasisdaten und Geofachdaten

Grundlage für das Geoinformationswesen sind die Geobasisdaten des amtlichen Vermessungswesens und unterschiedlichste Fachdaten mit einem räumlichen Bezug (Geofachdaten).

Geobasisdaten sind Daten des amtlichen Vermessungswesens, welche die Landschaft und die Liegenschaften auf der Grundlage eines einheitlichen geodätischen Raumbezugs anwendungsneutral darstellen und beschreiben. Sie sind die Grundlage für Fachanwendungen mit Raumbezug und bilden gemeinsam mit den Geofachdaten den Ausgangspunkt von Wertschöpfungsketten. Geodaten besitzen ein Marktpotential, das weit über den Nutzen in der öffentlichen Verwaltung hinausgeht.

Geofachdaten sind analoge und zunehmend digitale thematische Geodaten, die im Wesentlichen außerhalb des Vermessungswesens erstellt und vorgehalten werden. Viele digital erstellte Geofachdaten nutzen die bereits in den Geobasisdaten der Vermessungs- und Katasterverwaltungen vorhandenen digitalen Grundgeometrien. Daraus ergibt sich eine enge Verzahnung der beiden Datenbestände. Geodaten werden in Geoinformationssystemen (GIS) auf allen Ebenen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft und vom Bürger benötigt. Etwa 80% der Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung sind mit raumbezogenen Daten verknüpft. Die Geodaten bilden einen wesentlichen Teil des in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft vorhandenen Wissens. Ob es nun um Administration im engeren Sinne, um Bürgerbeteiligung, Notfalldienste oder räumliche Planungsaspekte geht, viele E-Government-Dienstleistungen sind ohne ein breites, solides Fundament des Geoinformationswesens nicht denkbar.

Wirtschaftlicher Nutzen von Geobasisdaten und Geofachdaten

Wegen der Bedeutsamkeit von Geobasisdaten für den Aufbau von Geoinformationssystemen ist es Auftrag und Ziel des für das amtliche Vermessungswesen zuständigen Referates im Innenministerium, die Geobasisdaten der Vermessungs- und Katasterverwaltung für Entscheidungsprozesse in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und beim Bürger via Internet verfügbar zu machen. Über GIS (ortsbezogene Visualisierung sachlicher Zusammenhänge auf der Basis einer digitalen Landkarte) werden Entscheidungsprozesse qualitativ verbessert. Außerdem werden der Wirtschaft Möglichkeiten für neue Geschäftsmodelle eröffnet, sofern Geoinformationen nachhaltig, aktuell, in der richtigen Qualität und zu tragbaren Kosten einer breiten Nutzung zugeführt werden können. Im

Geschäftsbereich des MLUR werden in nahezu allen Arbeitsbereichen zur Erledigung der Fachaufgaben Daten mit Raumbezug benötigt. Für die Aufgabengebiete Landwirtschaft, Fischerei, Veterinärwesen, Wasserwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz, Bodenschutz, Küstenschutz, Immissionsschutz, Abfallwirtschaft, Altlasten etc. wurde eine Vielzahl von Flächenkatastern auf der Grundlage der Geobasisdaten der Vermessungs- und Katasterverwaltung aufgebaut. Diese dienen in erster Linie zur Umsetzung rechtlicher Vorschriften (z.B. Umweltmonitoring; Verwaltung und Kontrolle der EU-Direktzahlungen an die Landwirtschaft; Tierseuchenbekämpfung, Schutzgebietsausweisungen, etc.) sowie der Erfüllung von Informations- und Berichtspflichten gegenüber Politik und Verwaltung, der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern. Geofachdaten sind aber auch unerlässliche Voraussetzung für eine Vielzahl flächenbezogener Planungen.

Zusammenarbeit und Kooperation

Der Aufbau der Geodateninfrastruktur in Schleswig-Holstein (GDI-SH) erfolgt im Kontext mit den bundes- und EU-weiten Entwicklungen und ist in entsprechende Netzwerke eingebunden. Innerhalb des Landes ist der kommunale Sektor in den Aufbau der GDI-SH sowohl organisatorisch als auch durch gemeinsam betriebene Vorhaben von Beginn an einbezogen. Dieses wird u. a. auch in einem gemeinsamen Webauftritt zu diesem Themenkomplex deutlich (www.gdi-sh.de). Mit der Freien und Hansestadt Hamburg werden Kernprojekte zum Aufbau der Geodateninfrastruktur in Kooperation betrieben. Im Rahmen der Metropolregion Hamburg wird das Themenfeld durch das Leitprojekt „Geodaten“ vorangetrieben. Zur Umsetzung von rechtlichen Vorgaben insbesondere von Seiten der EU ist eine enge Zusammenarbeit zur Abstimmung und Einhaltung von Standards bei der Erarbeitung von Geofachdaten zwingend erforderlich, dies betrifft bspw. die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, der Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie oder der Kontrolle der EU-Direktzahlungen an die Landwirtschaft.

II. Sachstand:

Mit Beschluss der Kabinettsvorlage 14/2002 am 22. Januar 2002 zur Einführung eines ressortübergreifenden Geodatenmanagements mit der Einrichtung eines ressortübergreifenden Arbeitskreises Geodaten, einer Leitstelle Geodaten im Landesvermessungsamt und jeweils einer Kopfstelle Geodaten in den Ressorts ist die Grundlage zum Aufbau der Geodateninfrastruktur in Schleswig-Holstein (GDI-SH) gelegt worden. Die organisatorischen Voraussetzungen sind geschaffen worden. Inhaltlich liegen die Schwerpunkte derzeit in der Schaffung von digitalen Datenbeständen im Bereich der Geobasisdaten und der Geofachdaten sowie darin, die Verfügbarkeit und Bereitstellung von Geodaten unter Einhaltung von Standards zu verbessern. Die Maßnahmen im Zuge des Aufbaus der GDI-SH erfolgen regelmäßig in Abstimmung und/oder Kooperation mit vielen Beteiligten. Neben bundesweiten Entwicklungen, Kooperationen über mehrere Bundesländer oder bilateral mit der Freien und Hansestadt Hamburg ist auch die Zusammenarbeit mit dem kommunalen Sektor von Bedeutung.

III. Ziele:

Informationen über Objekte und Sachverhalte mit Raumbezug (Geoinformationen) bilden ein Wirtschaftsgut ersten Ranges und haben sich zu einer Schlüsselressource der Informationsgesellschaft entwickelt. Mit dem Aufbau einer Geodateninfrastruktur (GDI) wird auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene das Ziel verfolgt, den Zugang zu den verschiedensten Geodaten für Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und die Bürgerinnen und Bürger durch eine verbesserte Koordinierung, sowie durch Ausschöpfung der Möglichkeiten einer modernen Informationstechnologie wesentlich zu erleichtern. Den Kern einer GDI bilden die Geobasisdaten zusammen mit den Geofachdaten und den dazugehörigen Metadaten. Durch ein Bündel von technischen, administrativen und organisatorischen Maßnahmen und Einrichtungen werden verbesserte Nutzungsmöglichkeiten dieser Geodatenbasis angestrebt.

IV. Maßnahmen:

Mit den Verfahren Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK), Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB) und Amtliches Topographisch-kartographisches Informationssystem (ATKIS) sind die Karten und Buchnachweise der Landesvermessung und des Liegenschaftskatasters in digitale Nachweise überführt worden und stehen seit Ende 2005 landesweit zur Nutzung in Geoinformationssystemen zur Verfügung. Parallel wird aber seit mehreren Jahren bereits an der Ablösung durch neue Lösungen gearbeitet, die dann Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS®), Amtliches Festpunktinformationssystem (AFIS®) und Amtliches Topographisch-kartographisches IS (ATKIS®) heißen und unter AFIS®-ALKIS®-ATKIS® (AAA) zusammengefasst werden. Die Einführung von AAA beruht auf Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungs- und Katasterverwaltungen der Länder (AdV) mit dem Ziel einer bundeseinheitlichen, auf internationalen Normen basierenden Geodatenbasis.

Bis ca. Ende 2008 laufen noch die Altverfahren, vorbereitende Arbeiten zur Systemumstellung laufen seit 2004. Die Pilotierung und die landesweite Durchführung der Migration sind in 2008 vorgesehen. AAA in Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg betrieben, in Teilen sind Partnerschaften mit weiteren Bundesländern eingegangen worden.

Ein Kernstück der Geodateninfrastruktur im Lande wird ein Geoportal, das sich in den Projekten „Geoserver“ und „Digitaler Atlas“ darstellt. Beide Maßnahmen werden in der Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg betrieben. Der Geoserver ist ein Internetvertriebssystem für Daten und Diensten der Vermessungs- und Katasterverwaltung und beinhaltet auch eine Shoplösung, die als landeseinheitlicher Shop auch für den Vertrieb von Produkten anderer Verwaltungen des Landes über Intranet und Internet genutzt werden soll. Im Zuge der Einräumung des

Nutzungsrechts an den digitalen Daten des Liegenschaftskatasters für Gemeinden, Kreise und Ämter (2003) ist die Realisierung des Geoservers mit dem kommunalen Landesverbänden vereinbart worden, um darüber einen „Online-Zugriff“ auf die Daten zu ermöglichen. Der Geoserver wird modular unter konsequenter Einhaltung von Normen und Standards (ISO und OGC) aufgebaut. Nach der 1. Ausbaustufe im Herbst 2006 sollen weitere Entwicklungen noch bis zum Jahresende realisiert werden. Dazu zählt auch der „Digitale Atlas“, der auf die technische Plattform des Geoservers aufsetzt und als gemeinsame Infrastrukturmaßnahme von Land und Kommunen entwickelt wird. Der Digitale Atlas ermöglicht die Präsentation und Visualisierung von Geofachdaten auf einer einheitlichen Kartengrundlage und ist damit öffentliches Informationssystem (was gibt es wo in Schleswig-Holstein).

Zu den zentralen Aufgaben des Landesvermessungsamtes gehört die Bereitstellung der amtlichen topographischen Karten (ATKIS®-DTK). Diese Produkte müssen erzeugt werden, um mehrere bundesweit einheitliche Kartenwerke, insbesondere auch durch die internationalen Verpflichtungen (Bundeswehr) des Bundes, bereitstellen zu können. Seit 1995 werden diese Arbeiten von der manuellen Kartographie auf automationsunterstützte Arbeitsweise am graphisch-interaktiven Kartographie-Arbeitsplatz umgestellt. Künftig sollen derartige Karten direkt aus den topographischen Landschaftsmodellen (ATKIS®-DLM) abgeleitet werden. Damit können zusätzliche Arbeiten bei der Beschaffung der Fortführungsdaten vermieden werden. Die Ableitung der amtlichen topographischen Karten muss auf der Grundlage einer modernen Softwareentwicklung basieren, die einen möglichst hohen Automationsgrad gewährleistet. Das Landesvermessungsamt beteiligt sich dabei an bundesweiten Entwicklungen. Insbesondere geht es darum, die automatische kartographische Generalisierung um die Komponente einer interaktiven kartographischen Generalisierung zu ergänzen. Weiterhin geht es um die Druckaufbereitung der digitalen Datenbestände und darum, die derzeit für die DTK50 entstehenden Programme auf die übrigen topographischen Kartenwerke (DGK5, DTK25 und DTK100) zu übertragen.

Zunehmende Bedeutung kommt den durch Fernerkundung aus Luftbildern gewonnenen Daten zu. Neben der IT-gestützten Luftbildauswertung für topographische Vermessungen und die Katastervermessung und der Erstellung von digitalen Orthophotos zur vielfältigen Nutzung in Verwaltung und Wirtschaft bilden Laserscan-Daten die Grundlage für die Erzeugung von digitalen Geländemodellen. Ein landesweites hochgenaues Geländemodell wird in Kooperation zwischen dem MLUR und dem IM erstellt. Weiterhin ist das an einer Bund/Land Arbeitsgruppe Katastrophenschutz –Hochwasser- zum Aufbau des deutschen Notfallvorsorge- Informationssystem (deNIS System 2) beteiligt.

Zum einen durch das breite Spektrum an eigenen digitalen Geobasisdaten der Landesvermessung und zum anderen in seiner Funktion als Leitstelle Geodaten in Schleswig-Holstein hat das Landesvermessungsamt durch verschiedene technische Verfahren Geodaten für Vertriebszwecke

bereitzuhalten, ein Auskunftssystem über alle verfügbaren Geodaten bereit zu stellen (Metadateninformationssystem) und Datenaufbereitungen nach speziellen Kundenwünschen durchzuführen. Diese Kernaufgaben des Geodatenmanagements stellen an die Datenhaltung, die –aufbereitung und den –vertrieb erhebliche Anforderungen sowohl an die technische Infrastruktur als auch an personellen Kapazitäten. Ein funktionierendes Geodatenmanagement ist sowohl die Voraussetzung für die landesweite Nutzung der Daten als auch für überregionale Aspekte, die aus bundes- und EU-weiten Nutzungsanforderungen bestehen.

Eine besondere – und in nächster Zukunft noch wachsende Bedeutung kommt Satellitennavigation zu. Der Satellitenpositionierungsdienst der Deutschen Landesvermessung, kurz SAPOS, besteht bundesweit aus über 250 Stationen und stellt das amtliche Bezugssystem sowie aktuelle Raumbezüge mit modernen Kommunikationsmitteln flächendeckend bereit. SAPOS basiert auf dem „Global Positioning System“, kurz GPS, der USA und soll im Jahr 2010 und 2011 auf das europäische Satellitennavigationssystem „Galileo“ umgerüstet werden. Der SAPOS- Dienst Schleswig-Holstein besteht aus 14 Stationen. Angebunden sind diese Stationen über das Landesnetz an die Server im Landesvermessungsamt. Von hier aus werden die Daten über das TESTA-Netz an die Zentrale Stelle SAPOS in Hannover übermittelt. Die Datenabgabe an Dritte erfolgt in einem Kooperationsprojekt mit der Freien und Hansestadt Hamburg.

Die digitalen Geofachdaten im Geschäftsbereich des MLUR werden auf Grundlage der oben angeführten Geobasisdaten der Vermessungs- und Katasterverwaltung erzeugt. Die Erarbeitung von Geofachdaten dient in erster Linie zur Erfüllung gesetzlicher Aufträge, an der Erstellung dieser Daten arbeiten neben den Dienststellen des Ressorts auch die Kreisverwaltungen, Kommunen, Verbände und zum Teil die Wirtschaft mit. Um allen Beteiligten bis hin zur Öffentlichkeit einen Zugriff auf die Geofachdatenbestände zu ermöglichen, wird derzeit in Abstimmung mit den Maßnahmen zum Aufbau der GDI-SH ein Konzept für die zukünftige Geofachdatenhaltung erstellt. Basis für diesen Geofachdatenbestand sind die dezentral in den Dienststellen oder zentral bei dataport betriebenen Fachinformationssysteme.

Im Bereich Landwirtschaft wird derzeit das landwirtschaftliche Flächenkataster (LFK) für Schleswig-Holstein und Hamburg aufgebaut. Das LFK ist Teil des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) und dient als Referenzsystem zur Identifikation beihilfefähiger landwirtschaftlicher Flächen. Zum Aufbau des LFK wurden auf der Basis von Digitalen Orthophotos (DOP) der Vermessungs- und Katasterverwaltung Feldblöcke und Landschaftselemente für Schleswig-Holstein und Hamburg digitalisiert. Die zukünftige Pflege des LFK wird auf der Basis eines Fachinformationssystems (Mehrländerverbundentwicklung ZIAF) erfolgen, das um ein OGC-konformes GIS-Werkzeug erweitert wird, um den Datenaustausch über standardisierte Web-Services (z.B. WMS, WFS) zu ermöglichen.

In den Bereichen Wasserwirtschaft und Naturschutz wird derzeit der Einsatz von modernen Client Server-Verbindungsmethoden (CITRIX-Server) umgesetzt. Ein Beispiel hierfür ist das Digitale Anlagenverzeichnis (DAV) der Wasser- und Bodenverbände als ein Geofachdatenbestand aus dem Amtlichen digitalen Wasserwirtschaftlichen Gewässerverzeichnis Schleswig-Holstein (AWGV-SH). Dieser Geodatenbestand soll auf einem zentralen Server bei Dataport abgelegt werden, von den Verbänden gepflegt und fortgeschrieben werden, von den Kreisen in Genehmigungsverfahren genutzt werden und für die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zur Berichterstattung an die Europäische Kommission und die damit verbundenen Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen. Daraus resultierende Anforderungen an das Landesnetz und die Anbindung Dritter an die Datenbestände sind Bestandteil der Konzepte.

Der Digitale Agrar- und Umweltatlas ist integraler Bestandteil des Agrar- und Umweltportals der Landesregierung Schleswig-Holstein (www.umweltbericht-sh.de; www.agrarbericht-sh.de) und dient der interaktiven Visualisierung und Präsentation von Agrar- und Umweltinformationen mit Raumbezug beispielsweise aus dem Natur- und Umweltinformationssystem Schleswig-Holstein (NUIS-SH). Zielgruppe ist sowohl die Öffentlichkeit als auch die Umweltverwaltung selbst. Auf Client-Seite ist nur ein Standard-Browser erforderlich. Dadurch gibt es keine Nutzungseinschränkungen auch in abgesicherten Systemumgebungen. Durch die Anbindung einer Datenbank (Oracle) besteht die Möglichkeit der Kombination von unterschiedlichsten Umweltdaten mit Raumbezug auch mit topographischen Karten. Auf weitergehende Sachdaten kann aus dem Atlas heraus direkt zugegriffen werden. Basis des Umweltatlas ist der „Minnesota MapServer“, ein open source Produkt der University of Minnesota. Um diesen Kern herum ist ein Anwendungsrahmen entwickelt worden, der eine komfortable Nutzer- und Themenverwaltung, die Zuweisung von Rollen und Rechten, umfangreiche Such- und Auswertemöglichkeiten, Download von Karten (Raster- und Vektorformate) und Hintergrunddaten sowie eine Verwaltung verschiedener Sprachversionen und weitere Funktionen ermöglicht (z.B. Entfernungs- und Flächenmessung). Die fachliche Weiterentwicklung erfolgt im Hinblick auf eine Einbindung in E-Government-Prozesse (z.B. Wasserrahmenrichtlinie sowie Planungs- und Beteiligungsverfahren), die Einbindung in die E-Government-Lösung Digitaler Atlas Schleswig-Holstein; auf eine Bereitstellung als kostengünstigen Geodatenviewer auch für den kommunalen Bereich oder für Verbände, Vereine etc. sowie die Anbindung von Modellen und Prognosetools zur Visualisierung von kartografischen Datenaufbereitungen und –bewertungen über das Internet. Der Agrar- und Umweltatlas wird in Kooperation mit den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz weiterentwickelt.

V. Priorität / Einstufung:

Geobasisdaten sind integraler Bestandteil der Geofachdaten, die z. B. im MLUR erzeugt und verarbeitet werden. Die EU bezieht sich in ihren

Förderprogrammen unmittelbar auf diese Daten und erlässt hierzu umfangreiche Gesetze und Regelungen, die eine Automatisierung dieses Verwaltungsbereiches verbindlich vorschreiben. Diese Entwicklungen sind besonders zu koordinieren. Planungssicherheit ist für 2007 und 2008 herzustellen.

VI. Finanzielle Auswirkungen:

U. a. unterstützen folgende Haushaltsanmeldungen diesen prioritären Prozess:

ITMnr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2004042410	IM	Geoserver	600,0	620,0
2005130003	MLUR	Natur- und Umweltinformationssystem (NUIS)	358,1	264,1
2005130005	MLUR	IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung	3.027,5	2.913,5
2005130006	MLUR	Verwaltungs- und Kontrollsystem für die EU-Agrarförderung (InVeKoS-GIS)	2.804,5	1.556,7
2005130004	MLUR	Pflege von Geobasisdaten	200,0	200,0
2004042401	IM	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	1.146,0	1.341,0
2005130001	MLUR	Betrieb und Fortentwicklung der Fachverfahren in den StUÄ	43,6	28,0
2005130002	MLUR	Umweltinformationssystem für die Landes- und Kommunalverwaltung *)	489,5	587,9
2005130011	MLUR	IT-Einsatz für Fachanwendungen im Agrarbereich	38,0	38,0
2004042409	IM	Digitales Rissarchiv	36,0	76,0
2005130007	MLUR	Betrieb der Fachverfahren Immissionsschutz und Gefahrstoffüberwachung	180,0	156,0
2005130009	MLUR	Abfallwirtschaftliche Informationssysteme	187,8	144,4
2004042405	IM	Geodatenmanagement - Datenhaltung, Datenaufbereitung und Vertrieb	97,6	67,6
2005130010	MLUR	Bereitstellung der Daten für den Umweltdatenkatalog	56,5	56,5
2004042406	IM	Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)	90,6	106,0
2006042411	IM	Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo	74,1	31,0
2004042404	IM	ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung	145,3	175,3
2004042408	IM	Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte	13,0	16,0
2004042407	IM	Auftragsverwaltung Landesvermessungsamt und Katasterämter	176,0	81,5
2006041607	IM	Neuaufstellung Landesentwicklungsplan SH (online LEP)	16,0	21,0

4.1.9 Elektronischer Rechtsverkehr und Modernisierung in der Justizverwaltung

Federführung: II 18

Sachstand:

Durch eine Reihe von Modernisierungsprojekten wird eine effektive und wirtschaftliche Erledigung der Aufgaben der Justiz erreicht. Bei gleichzeitiger Personaleinsparung konnten eine Verbesserung der Bearbeitungsqualität und eine Verkürzung der Erledigungszeiten erreicht werden, was sowohl den Bürgerinnen und Bürgern, als auch Notaren und Anwälten zugute kommt.

So stehen neben den in der Justiz eingesetzten Fachanwendungen, an allen Arbeitsplätzen Büروفunktionen zur Verfügung und nach Bedarf auch direkte Internetzugänge für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Über ein Justizintranet (Just) können die juristischen Informationssysteme juris, BECK-ONLINE und IBR-ONLINE direkt am Arbeitsplatz genutzt werden.

Einen Schwerpunkt der weiteren Modernisierungsbestrebungen stellt die Sicherung und Verbesserung des erreichten Standes im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses, insbesondere unter Nutzung der Werkzeuge des Qualitätsmanagements, dar.

Über die eigenen Modernisierungsprojekte hinaus wurden auch die ressortübergreifenden Projekte des Landes Schleswig-Holstein umgesetzt bzw. gestartet. Hierzu zählen:

- die Erarbeitung eines vom landesweiten Standard abgeleiteten justizspezifischen Infrastrukturansatzes,
- ein Projekt „Kosten- und Leistungsrechnung in der Justiz“.

Ziele:

Insbesondere gilt es die großen IT-Projekte der Justiz erfolgreich abzuschließen und im Rahmen der bundesweiten Länderverbünde weiter zu entwickeln.

Dabei steht im Vordergrund, gesetzliche Bestimmungen umzusetzen und den elektronischen Rechtsverkehr voranzutreiben. Es sollen sowohl g2g-Prozesse (z.B. Staatsanwaltschaft – Polizei), g2b-Prozesse (Gerichte - Anwälte / Notare), als auch g2c-Prozesse (Justizportal) realisiert werden.

Maßnahmen:

- MEGA / MESTA
- elektronisches Grundbuch,
- Registerautomation,
- elektronisches Gerichts und Verwaltungspostfach (EGVP),

- elektronisches Mahnverfahren
- bundeseinheitliches Justizportal

Priorität / Einstufung:

Die Reorganisationsmaßnahmen der Justiz sind zu unterstützen. Die Gesamtmaßnahme „Justiz“ ist prioritär. Es ist Planungssicherheit für 2007 und 2008 herzustellen.

Finanzielle Auswirkungen:

U. a. unterstützen folgende Haushaltsanmeldungen diesen prioritären Prozess:

ITMnr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2005090005	MJAE	Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)	101,5	104,5
2005090002	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA	280,0	365,0
2005090004	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung MEGA	795,0	795,0
2005090010	MJAE	Elektronischer Rechtsverkehr	108,0	149,0
2005100009	MJAE	Elektronischer Rechtsverkehr in der Arbeitsgerichtsbarkeit SH	25,0	25,0
2005090003	MJAE	Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH	321,6	331,4
2005090012	MJAE	IT-Ausstattung in der Bewährungshilfe	230,0	23,0
2005090007	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch	1.044,6	1.070,4
2005090001	MJAE	Bundesweite Internetplattformen der Justiz	63,3	48,5
2005090008	MJAE	Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"	343,7	354,5
2005090009	MJAE	Vollausbau "Automatisiertes Mahnwesen"	266,0	278,0
2005090006	MJAE	Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)"	589,5	488,9
2006090033	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach	21,0	24,0
2006090035	MJAE	CITRIX-Anbindung der Staatsanwaltschaften	320,0	55,0
2005090011	MJAE	Fortführung der Migration des Justiznetzverbundes in das LSK	75,0	75,0
2005090013	MJAE	Neue Strategie: Datenaustausch Polizei / Justiz	50,0	100,0
2005090015	MJAE	Auftritt Justiz SH und Präsentation von Gerichtsentscheidungen im Internet	15,3	14,5
2005090027	MJAE	Lfd. Betrieb "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"	184,3	176,0
2005090028	MJAE	Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	39,2	41,5
2005090029	MJAE	Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit	21,0	21,0
2005090030	MJAE	Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden	185,2	185,2
2005090031	MJAE	Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJF (IKO III)	152,8	157,0
2005090032	MJAE	Lfd. IT-Betrieb Finanzgericht SH	6,8	7,0
2005100022	MJAE	Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung)	57,6	59,2
2005090016	MJAE	Ersatzbeschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"	211,0	49,5
2005090017	MJAE	Reinvestitionen Verwaltungsgerichte	5,4	5,4
2005090018	MJAE	Ersatzbeschaffungen Sozialgerichtsbarkeit	114,7	108,7
2005090019	MJAE	Ersatzbeschaffung "Elektronisches Grundbuch"	67,0	119,0
2005090020	MJAE	Ersatzbeschaffung Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)	1.505,1	1.510,5
2005090021	MJAE	Ersatzbeschaffungen Landgerichte und OLG SL	165,4	508,1

2005090022	MJAE	Ersatzbeschaffungen Registerautomation Schleswig-Holstein (RaSch)	26,5	21,6
2005090023	MJAE	Ersatzbeschaffung MJAE (IKO III)	100,8	129,3
2005090024	MJAE	Ersatzbeschaffungen der Staatsanwaltschaften (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation / MESTA)	25,0	1.798,0
2005090025	MJAE	Ersatzbeschaffungen Finanzbericht SH	25,0	53,0
2005090026	MJAE	Ersatzbeschaffung "Automatisiertes Mahnverfahren"	53,2	0,0
2005100018	MJAE	Ersatzbeschaffungen für das LAG SH	93,1	113,6

4.1.10 Aufbau und Betrieb des Landesnetzes Bildung

Federführung: III 44; eingebunden ist das IQSH

Sachstand:

Im Ministerium für Bildung und Frauen (MBF) wird in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt auf dem Ausbau der Kommunikationsbeziehungen mit den Schulverwaltungen liegen. In der Pilotierungsphase befindet sich die Einführung einer landeseinheitlichen IT-Ausstattung der Schulverwaltungen auf der Grundlage des Landessystemkonzeptes als Basis für die Nutzung der E-Government-Anwendungen des Landes und für die Einführung eigener E-Government-Anwendungen.

Ziele:

- Einheitliche IT-Ausstattung in den Schulverwaltungen
- Dokumentenaustausch im geschützten Landesnetz
- Mitnutzung vorhandener zentraler Infrastruktur (Internet-Zugang mit Firewall, Intranet (SHIP), landesweites Active Directory)
- Mitnutzung der IT-Ausstattung für kommunale Aufgaben (z.B. kommunale Haushaltsverfahren)

Maßnahmen:

- Erstellung der erforderlichen Konzepte bis Ende 2006
- Aufbau und Betrieb der erforderlichen zentralen Infrastruktur bei Dataport (Anmeldeserver und Mailserver) ab Mitte 2006
- Pilotierung durch die Stadt Kiel im Jahr 2006
- Aufbau eines zentralen Informationspools für die Schulverwaltungen durch Mitnutzung des SHIP ab Ende 2006
- Ausstattung aller Schulverwaltungen mit einem Landesnetz-Anschluss bis Ende 2008

Priorität / Einstufung:

Die Entwicklungen des MBF sind als Fachanwendung und Schwerpunkt der Landesregierung prioritär. Planungssicherheit ist für 2007 und 2008 herzustellen.

Finanzielle Auswirkungen:

U. a. unterstützen folgende Haushaltsanmeldungen diesen prioritären Prozess:

ITMnr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2006070009	MBF	Betrieb der IT im IQSH	32,0	32,0
2006070008	MBF	Ersatzbeschaffungen des IQSH	115,0	132,0
2005070002	MBF	Landesnetz-Bildung	50,0	50,0

4.1.11 **Aufbau und Einsatz eines Fördermittelmanagements im MWV**

Federführung: VII 13; eingebunden sind das IM und das MLUR

Sachstand:

Mit dem Projektförderinformationssystem INEZ hat die Freie und Hansestadt eine strategische Plattform für Online-Dienstleistungen geschaffen, die schrittweise weiter zu einem umfassenden Management-System für die Vergabe und Abwicklung von Zuwendungen und Aufträgen in Ressorts und Behörden mit ihren Projektträgern ausgebaut wird. Damit werden Förderungen von der Ausschreibung über die Antragstellung bis einschließlich der fiskalischen Abwicklung informationstechnisch unterstützt. INEZ ermöglicht damit das Erfassen, Pflegen und Bewirtschaften von Skizzen, Anträgen und Vorhaben mit Formularen und Vordrucken, die auch online abgerufen und bearbeitet werden können. Darüber hinaus stehen alle Daten für Auswertungen zur Verfügung. Das Controlling von Projekten wird durch eine Vielzahl von Auswertungsfunktionen unterstützt. Dazu tragen auch die Pflege von Status- und Termininformationen und die Möglichkeit zur statistischen Auswertung verschiedener Stände von Antrags- und Vorhabensinformationen bei.

Der Kern des Systems ist eine gemeinsame, einheitliche, zentral gehaltene Datenbank. Die Nutzung dieser Informationsbasis erfolgt dezentral an den Arbeitsplätzen des zuständigen Verwaltungspersonals.

Fördermittel des MWV werden überwiegend durch Förderinstitute, wie z.B. die IB oder der WTSH abgewickelt. Die Bearbeitung kleinerer Programme, wie z.B. e-Region erfolgt durch Mitarbeiter des MWV, die den Abwicklungsprozess selbst organisieren; in der Regel ohne systematische IT-Unterstützung.

Ziele:

Das MWV plant, Förderprozesse, die von Beschäftigten des Ministeriums abgewickelt werden, zu standardisieren und elektronisch zu unterstützen. Das Projektförderinformationssystem soll folgende Teilprozesse abbilden:

- Erfassung von zuwendungs- und förderprogrammrelevanten Daten.
- Bearbeitung und Erstellung von Zuwendungsbescheiden.
- Vorgabe, Erfassung und Auswertung von Kennziffern zur Messung der Zielerreichung. Darstellung der Zahlungsabläufe.
- Darüber hinaus sollen Antragsteller online mit dem MWV kommunizieren können. Mit dem Projekt ist folgender Nutzen verbunden:

1. Tagesaktuelle Bereitstellung, Pflege und effizienter Analyse von

Informationen.

2. Steigerung der Dienstleistungsqualität zwischen dem MWV und den Projektträgern.
3. Reduzierung der Verwaltungskosten durch Standardisierung.

Weitere Vorteile entstehen durch die höhere Qualität und Aktualität der Daten und die effizientere und schnellere Durchführung der Verfahren.

Maßnahmen:

Die Eigenentwicklung eines Projektförderinformationssystems wäre aufgrund der geringen Fallzahlen nicht wirtschaftlich. Aus diesem Grund kommt nur der Einsatz einer Fachanwendung in Frage, die sich bereits in der Praxis bewährt hat und SH kostenfrei zur Verfügung gestellt werden kann. Bei der Produktauswahl ist zudem die Vorgabe der Landesregierung zu berücksichtigen, die Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg zu forcieren. Vor Einführung eines Projektförderinformationssystems sind die Anforderungen an das System zu beschreiben, die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes nachzuweisen und die technischen Grundlagen zu schaffen.

Priorität / Einstufung:

Diese Fachanwendung hat die Tendenz zum Landesstandard. Planungssicherheit ist für 2007 und 2008 herzustellen.

Finanzielle Auswirkungen:

U. a. unterstützen folgende Haushaltsanmeldungen diesen prioritären Prozess:

ITM Nr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2005060007	MWV	Fördermittelmanagement für den Bereich des MWV (Datawarehouse)	280,0	10,0

4.2 Steuerungsrelevante Entwicklungen in Kooperationen mit FHH und den Kommunen

Die Konferenz der Chefs der Staats-/Senatskanzleien der norddeutschen Länder hat die Kooperation aller norddeutschen Länder insbesondere bei der Entwicklung von neuen IT-Maßnahmen als Ziel vorgegeben, um Leistungen wirtschaftlich zu entwickeln und diese einem breiten Nutzerkreis zur Verfügung stellen zu können. In Nr. 7 der Richtlinien IT-SH wird hierzu ausgeführt:

Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten

7.1. Bei der Planung von IT-Vorhaben oder bei grundlegenden Änderungen bestehender IT-Verfahren sind die Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Gebietskörperschaften durch die zuständige Fachverwaltung zu prüfen.

7.2 Grundsätzlich geeignete IT-Maßnahmen (IT-Vorhaben und IT-Verfahren) sind insbesondere mit Kommunen des Landes Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg abzustimmen.

7.3 Bei geplanten Eigenentwicklungen von IT-Maßnahmen (IT-Vorhaben und IT-Verfahren) ist das Ergebnis der Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten zu dokumentieren und die Notwendigkeit der Eigenentwicklung zu begründen.

Um diesen Vorgaben zu entsprechen, ist eine Kooperation mit Partnern des öffentlichen Sektors generell zu prüfen und zu dokumentieren. Wie jede IT-Maßnahme unterliegen Kooperationsmaßnahmen dabei auch der Wirtschaftlichkeit und den Vorgaben der LHO SH.

Strategisches Ziel ist es daher, nur die Kooperationen auszuwählen, die dem Land Schleswig-Holstein einen Nutzen bringen. Dies gilt grundsätzlich auch für Maßnahmen in bundes- und länderübergreifenden Verbänden, sofern sie nicht gesetzlich vorgeschrieben oder politisch beschlossen worden sind.

4.2.1 Basiskomponenten E-Government

Zuständigkeit: VI 53/VI 54

Sachstand:

Mit der Vereinbarung zur gemeinsamen Entwicklung von E-Government-Strukturen und –Prozessen (E-Government-Vereinbarung zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den kommunalen Landesverbänden) wurde das Land Schleswig-Holstein zum Aufbau einer E-Government-Plattform verpflichtet.

Es wurde durch einen Beschluss der Staatskanzleien eine enge Kooperation der Länder Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg vereinbart. Zum Aufbau der E-Government-Plattform werden die bereits in den Ländern vorhandene Infrastruktur und Lösungen verwendet und harmonisiert. Weiterentwicklungen werden soweit möglich und wirtschaftlich sinnvoll in Kooperationsprojekte überführt. Neuentwicklungen werden grundsätzlich gemeinsam durchgeführt. Die E-Government-Plattform wird von der gemeinsamen IT-Dienstleisterin Dataport errichtet und betrieben.

Ziele:

Im Einzelnen werden folgende Komponenten implementiert und folgende Zielsetzungen verfolgt:

- Es wird ein Schleswig-Holstein Gateway als digitales Tor zu den E-Government-Dienstleistungen eingesetzt werden. Neben dem Geoserver sollen weitere Lösungen „gateway-gerecht“ implementiert und eingebunden werden.
- Mit der Bereitstellung des Schleswig-Holstein Gateways ist der Einsatz einer Zahlungsplattform verbunden. Es sollen Kreditkartenzahlungen, Lastschriftinzugs- und/oder Überweisungsverfahren ermöglicht werden.
- Es soll der Betrieb und die Fortentwicklung der PKI-SH sichergestellt werden. Die Ausgabe von fortgeschrittenen Zertifikaten für Signatur- und Verschlüsselungsfunktionalitäten soll in den Produktionsbetrieb überführt werden.
- Es soll das Ziel verfolgt werden, eine Clearingstelle für die technische und organisatorische Unterstützung der elektronischen Kommunikation zwischen Stellen der öffentlichen Verwaltung auf der Basis bundes-/landeseinheitlicher technischer und fachspezifischer Vorgaben zu entwickeln. Als erster Clearingdienst soll die Rückmeldung im Meldewesen realisiert werden.
- Zur dynamischen Adressierung von Nachrichten im Rahmen des E-Government ist ein Dienstverzeichnis (DVDV = Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis) erstellt worden. Das DVDV soll

universell gestaltet werden und insbesondere die Clearingdienste unterstützen.

- Es soll das Ziel verfolgt werden, einen Verwaltungsbriefkasten zu entwickeln und über das Schleswig-Holstein Gateway zu betreiben. Der Funktionsumfang erstreckt sich auf eine Posteingangsfunktion, Signaturprüfung, Fehlerbehandlung, Zeitstempelvergabe, Quittierung und Bereitstellung der Informationen über Kundenpostfächer im Schleswig-Holstein Gateway.
- Es werden die Komponenten Prozessmanagement und Virtuelle Poststelle soweit weiter entwickelt, dass die funktionelle Unterstützung der Lösungen Clearingstelle und Verwaltungsbriefkasten gewährleistet werden kann.

Maßnahmen:

Um die Zielsetzungen möglichst zügig und kostengünstig zu realisieren, werden im Rahmen der Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg möglichst abgestimmte Aufträge zur Fortentwicklung der E-Government-Plattform an Dataport vergeben.

Priorität / Einstufung:

Die Entwicklung der E-Government-Plattform wird nach Bedarf und insbesondere lösungsbezogen vorangetrieben, um zeitgerecht auf Anforderungen mit der Bereitstellung der Infrastruktur reagieren zu können und eine wirtschaftliche Vorgehensweise zu gewährleisten.

Der Fortentwicklung der Komponenten Schleswig-Holstein Gateway und der Clearingstelle wird eine hohe Priorität eingeräumt, da die Anwendungen Geoserver und Rückmeldung im Meldewesen diese Komponenten dringend benötigen. Planungssicherheit ist für 2007 und 2008 herzustellen.

Finanzielle Auswirkungen:

U. a. unterstützen folgende Haushaltsanmeldungen diesen prioritären Prozess:

ITM Nr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2005050009	FM	Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung)	167,8	100,7
2005050014	FM	Betrieb und Fortentwicklung eines Verwaltungsbriefkastens	50,0	50,0
2005050020	FM	Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)	10,0	10,0
2005050006	FM	Betrieb und Fortentwicklung eines Prozessmanagements für sämtliche Komponenten der eGovPlattform	200,0	200,0
2005050007	FM	Virtuelle Poststelle (Betrieb und Fortentwicklung)	156,0	156,0
2005050015	FM	Betrieb und Fortentwicklung der PKI-SH (Public Key Infrastructure)	65,0	35,0
2005050018	FM	Funktionale Erweiterung des Government Gateways	200,0	200,0
2005050022	FM	eGovernment-Plattform (Koordination und Fortentwicklung)	40,0	40,0

4.2.2 Einsatz eines integrierten Personalmanagementsystems

Federführung: VI 52

Sachstand:

Zusammen mit der FHH wird zurzeit mit externer methodischer Unterstützung eine ergebnisoffene Hauptuntersuchung zu folgenden Prüfungsthemen durchgeführt:

- Gemeinsame Einrichtung
- Alternative Kooperationen unterhalb einer gemeinsamen Einrichtung
- Einheitliche Verfahren auf der Basis eines Vergleichs unter Berücksichtigung unterschiedlicher Organisationsstrukturen

Ein erstes Teilprojekt konnte bereits erfolgreich abgeschlossen werden; die FHH und SH werden künftig das schleswig-holsteinische Beihilfeverfahren gemeinsam betreiben, weiterentwickeln und pflegen. Die Kooperation reduziert die lfd. Ausgaben für den Betrieb und die Pflege des Beihilfeverfahrens um ca. 70 T€ ab 2008.

Ziele:

Die Kooperation soll alle Möglichkeiten einer Effizienz- und Effektivitätssteigerung ausschöpfen, aber keinen Selbstzweck bilden. Geplant ist der gemeinsame Einsatz eines integrierten Verfahrens für die Kernbereiche des Personalmanagements, an das Annexverfahren für die übrigen Aufgabenfelder – unter Nutzung einer Service orientierten Architektur (SOA) – gekoppelt werden. Eine Einführung wird nur dann erfolgen, wenn die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von gemeinsamen IT-Verfahren belegt worden ist.

Maßnahmen:

Bereits zum Auftakt des Kooperationsprojektes mit der FHH ist deutlich geworden, dass das Aufgabenfeld „Personalmanagement“ - über die Kernbereiche Abrechnung und Verwaltung hinaus – zahlreiche Annexbereiche umfasst, die in Schleswig-Holstein bereits durch IT unterstützt werden, bzw. für die – noch vor dem Kooperationsprojekt – IT-Unterstützung geplant worden ist.

Über eine zentrale Steuerung des IT-Einsatzes für das Personalmanagement soll in Zukunft sichergestellt werden, dass weitestgehend einheitliche Software für die Unterstützung von Personalmanagementaufgaben eingesetzt wird.

Priorität / Einstufung:

Dieser Fusionsprozess ist ein Schwerpunkt in der Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg. Die

Gesamtmaßnahme ist prioritär. Die IT unterstützt diese Entwicklungen. Es ist Planungssicherheit für 2007 und 2008 herzustellen. Mit Blick auf die bevorstehenden Aufgaben ist die dafür notwendige personelle Ausstattung im Finanzministerium dringend zu verbessern.

Finanzielle Auswirkungen:

U. a. unterstützen folgende Haushaltsanmeldungen diesen prioritären Prozess:

ITMnr	Ressort	IT-Maßnahmen	2007	2008
2005050031	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)	2.129,2	2.019,3
2005050024	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)	3.538,7	3.453,6
2005050033	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)	487,0	499,8
2005050030	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)	7,5	7,5
2005070003	MBF	Personalservice-System zur Stärkung schulischer Eigenverantwortung (PES)	20,0	20,0
2004040009	IM	Arbeitszeitmanagement (AZM / SP Expert)	451,0	414,0
2005070001	MBF	Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)	185,0	185,0
2005050043	FM	Travel-Management	226,0	217,0

5. Zusammenfassung

Mit dem IT-Gesamtplan 2007 werden kurz-, mittel- und langfristigen Ziele für den IT-Einsatz in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein definiert und festgeschrieben.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) sind mittlerweile unabdingbarer Bestandteil der Aufgabenerledigung im öffentlichen Sektor. Tendenziell werden immer mehr Verwaltungsaufgaben und Prozesse durch die IT oder mit ihrer Hilfe unterstützt bzw. bewältigt. Das bedeutet, dass sowohl die Anforderungen als auch der Umfang der IT-Aufgaben zunehmen. Des Weiteren stellt das Personaleinsparkonzept der Landesregierung besondere Anforderungen an die IT-Strategie des Landes. Der Abbau von Verwaltungspersonal bedingt einen noch effektiveren Einsatz der IT, um Verwaltungsabläufe weiter zu optimieren und zu rationalisieren.

Andererseits lassen sich z. B. durch die Einführung einheitlicher IT-Systeme in der Landesverwaltung sowie einem integrierten Personalmanagement Betriebs- und Betreuungskosten reduzieren.

Diese durch die IT zu bewältigenden Aufgaben benötigen entsprechende Personal- und Finanzkapazitäten. Stehen diese **nicht** zur Verfügung, können die Möglichkeiten der Informationstechnologie für das Land gerade auch in Bezug auf Wirtschaftlichkeit und Rationalisierung von Geschäftsprozessen **nicht** ausgeschöpft werden.

Der IT-Gesamtplan 2007 kann nur umgesetzt werden, wenn die Landesregierung die IT und den eingeleiteten Steuerungsprozess ausdrücklich und nachhaltig unterstützt.

6. Katalog der IT-Maßnahmen

- Kurzfassung -

Informations- und Kommunikationstechnologien für E-Government

(Einzelplan 11 – Kap. 1103)

E-Government ist die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten (Government) mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken (IT) über elektronische Medien. Die Ausgaben der IT sind im Kapitel 1103 zentral veranschlagt.

IT-Gesamtplan

Grundlage der technischen und finanziellen Planungen ist der IT-Gesamtplan. Der IT-Gesamtplan wird unterjährig fortgeschrieben.

Kapitel 1103

Alle Titel des Kapitels 1103 sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar (Budget). Die Inanspruchnahme von Mitteln der IT zur Deckung von globalen Minderausgaben in den Einzelplänen der Ressorts ist ausgeschlossen.

Die nachfolgenden IT-Maßnahmen sind angemeldet und sollen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel realisiert werden. Durch Bewirtschaftungs- und Controllingmaßnahmen im Haushaltsvollzug der kommenden Haushaltsjahre wird das Finanzministerium den Betrieb der IT-Verfahren, die Grundversorgung der DSt und die notwendigen Reinvestitionen in den Ressorts sowie eine angemessene Fortentwicklung der IT in der Landesverwaltung sicherstellen. Den Ressorts werden die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel – entsprechend dem Umsetzungsstand – Maßnahme bezogen zugewiesen.

Katalog der IT-Maßnahmen

Planungsstand **November 2006** [wird unterjährig fortgeschrieben]

Hinweise zur Sortierung und Rangfolge:

1. Art der IT-Maßnahme: IT-Verfahren = L, IT-Vorhaben = N; Grundversorgung der DSt = B; Reinvestitionen = E
2. Klassifizierung der IT-Maßnahme: Infrastruktur / Kommunikation = K; Infrastruktur / Basisdienste = BD; Infrastruktur / infrastrukturelle Maßnahmen = iM; Fachanwendungen: ressortübergreifend = rü, ressortintern = ri; sonstige Maßnahmen: S
3. Priorität der IT-Maßnahme: nachrangig zur Klassifizierung und Art der Maßnahme; besonderes Merkmal „gesetzlich vorgeschrieben“

IT-Maßnahmennummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Ansatz 2007	Ansatz 2008
IT-Verfahren (Ifd. IT-Maßnahmen)								
IT-Verfahren; Infrastruktur:								
Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung von Kommunikationstechnologien								
2005090005	MJAE	Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)	L	K	80	ja	101,5	104,5
2005050010	FM	Datennetz SH (Landesnetz)	L	K	80		13.290,3	15.055,4
2005050002	FM	Sprachnetz SH	L	K	74		17.362,0	17.535,0
2005050003	FM	Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, TESTA, mobile IT-Systeme (Kopfstelle Kommunikation)	L	K	61		127,0	127,0
2005050009	FM	Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung)	L	K	53		167,8	100,7
2005050014	FM	Betrieb und Fortentwicklung eines Verwaltungsbriefkastens	L	K	46		50,0	50,0
2005050020	FM	Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)	L	K	31		10,0	10,0
IT-Verfahren; Infrastruktur:								
Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung der Basisdienste								
2005090002	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA	L	BD	80	ja	280,0	365,0
2005090004	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung MEGA	L	BD	80	ja	795,0	795,0
2005050004	FM	IKO III - Kopfstelle	L	BD	75		350,0	350,0
2005050011	FM	IKO III - Fortentwicklung	L	BD	75		125,0	125,0
2005130003	MLUR	Natur- und Umweltinformationssystem (NUIS)	L	BD	73	ja	358,1	264,1
2005090010	MJAE	Elektronischer Rechtsverkehr	L	BD	70		108,0	149,0
2005100009	MJAE	Elektronischer Rechtsverkehr in der Arbeitsgerichtsbarkeit SH	L	BD	70		25,0	25,0
2005050026	FM	Colanii - Contentmanagement der Landesregierung für Internet und Intranet	L	BD	60		672,0	684,0
2005050038	FM	Einführung von EOSS (EOSS-Verbund Deutschland) in der Steuerverwaltung	L	BD	60		6.770,0	5.123,0
2005090003	MJAE	Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH	L	BD	60		321,6	331,4
2005050032	FM	Zentrales Vertragsmanagement (JURIS/INTERNET pp.)	L	BD	53		3.500,0	3.500,0
2005050006	FM	Betrieb und Fortentwicklung eines Prozessmanagements für sämtliche Komponenten der eGovPlattform	L	BD	51		200,0	200,0
2005050007	FM	Virtuelle Poststelle (Betrieb und Fortentwicklung)	L	BD	51		156,0	156,0
2005050015	FM	Betrieb und Fortentwicklung der PKI-SH	L	BD	51		65,0	35,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Ansatz 2007	Ansatz 2008
2005050018	FM	(Public Key Infrastructure) Funktionale Erweiterung des Government Gateways	L	BD	51		200,0	200,0
2005050022	FM	eGovernment-Plattform (Koordination und Fortentwicklung)	L	BD	51		40,0	40,0
2005050027	FM	SHIP - Intranet der Landesregierung	L	BD	51		62,0	37,0
2005050017	FM	BDVLandsh / Behörden- und Dienststellenverzeichnis unter Einbindung anderer DB	L	BD	35		50,0	30,0
2005050028	FM	Zentraler FAX-Service SH	L	BD	35		50,0	50,0
2005050016	FM	VERONA - Backend und Frontend für Dienstleistungswegweiser SH	L	BD	33		177,0	182,0
2005050034	FM	Dienste im IKOTECH-System	L	BD	6		75,0	75,0
IT-Verfahren; Infrastruktur:								
Infrastrukturelle Maßnahmen zum Ausbau (qualifizierte Fortentwicklung) der Kommunikation oder Basisdienste								
2004040027	IM	Ausstattung zur IT-Beweissicherung b. d. LaPo SH	L	iM	69		415,0	326,0
2004040011	IM	Ausstattung IKO III bei der LaPo -Support und Ausstattung	L	iM	59		2.269,0	1.879,0
2005070002	MBF	Landesnetz-Bildung	L	iM	25		50,0	50,0
2005090012	MJAE	IT-Ausstattung in der Bewährungshilfe	L	iM	18		230,0	23,0
2006040050	IM	Unterstützungsleistungen für die Ausstattung LaPo	L	iM	6		722,0	453,0
IT-Verfahren;								
Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung von ressortübergreifenden IT-Maßnahmen								
2005050023	FM	Elektronische Akte (eAkte / Dokumentenmanagement)	L	rü	85		601,0	601,0
2005130005	MLUR	IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung	L	rü	83	ja	3.027,5	2.913,5
2005130006	MLUR	Verwaltungs- und Kontrollsystem für die EU-Agrarförderung (InVeKoS-GIS)	L	rü	83	ja	2.804,5	1.556,7
2005050001	FM	ELSTER	L	rü	75	ja	675,0	675,0
2005130004	MLUR	Pflege von Geobasisdaten	L	rü	73		200,0	200,0
2006050065	FM	Inventarisierung (Ham.s.t.er)	L	rü	73		200,0	150,0
2005130008	MLUR	Naturschutz und Monitoring (Dauerbeobachtung)	L	rü	71		75,1	92,7
2005050040	FM	Fomularservice	L	rü	59		77,8	70,0
2004040035	IM	E-Post 810 bei der LaPo SH	L	rü	55	ja	23,0	23,0
2004040002	IM	OWI-SH/OWI21-Verfahren	L	rü	51	ja	690,0	700,0
2004042410	IM	Geoserver	L	rü	47	ja	600,0	620,0
2005030001	MP	Dachportal schleswig-holstein.de / Standortmarketing im Internet	L	rü	47		20,0	30,0
2004043310	IM	Telekommunikationseinrichtungen für den	L	rü	46		69,0	77,0

IT-Maßnahmennummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Ansatz 2007	Ansatz 2008
		Katastrophenschutz						
2005050043	FM	Travel-Management	L	rü	43		226,0	217,0
2006070007	MBF	Betrieb und Fortentwicklung des Landesbildungsservers SH	L	rü	41		50,0	50,0
2005050029	FM	Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)	L	rü	38		4.415,0	5.137,0
2005050031	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)	L	rü	38		2.129,2	2.019,3
2004040020	IM	EXTRAPOL	L	rü	31		25,0	25,0
2005060010	MWV	Informationssysteme	L	rü	27		10,0	10,0
2005050035	FM	Ernährungsnotfallvorsorge (IS-ENV) Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)	L	rü	21		400,0	280,0
IT-Verfahren;								
Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung von ressortinternen IT-Maßnahmen								
2005090007	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch	L	ri	98	ja	1.044,6	1.070,4
2005100002	MSGF	Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BErzGG)	L	ri	96	ja	55,0	55,0
2005100004	MSGF	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Opferversorgungs-gesetz (KOV / Prosid)	L	ri	96	ja	88,0	83,0
2005100003	MSGF	Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG)	L	ri	91	ja	53,0	48,0
2005100005	MSGF	Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)	L	ri	91	ja	28,0	28,0
2004042401	IM	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	L	ri	85	ja	1.146,0	1.341,0
2005090001	MJAE	Bundesweite Internetplattformen der Justiz	L	ri	85	ja	63,3	48,5
2004040008	IM	MERLIN - Ermittlungsunterstützende Software - Betrieb	L	ri	83	ja	1.199,0	895,0
2005050012	FM	Elektronischer Zahlungsverkehr (EZV) mit der Deutschen Bundesbank	L	ri	83	ja	187,0	137,0
2005100001	MSGF	Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)	L	ri	83		75,5	105,5
2005090008	MJAE	Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"	L	ri	81		343,7	354,5
2005090009	MJAE	Vollausbau "Automatisiertes Mahnwesen"	L	ri	81	ja	266,0	278,0
2005090006	MJAE	Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSCH)"	L	ri	78	ja	589,5	488,9
2005050025	FM	Betrieb KONSENS (ehemals ESBest /	L	ri	76	ja	994,0	994,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Ansatz 2007	Ansatz 2008
		FISCUS)						
2004040001	IM	@rtus/INPOL/EDDI - Betrieb	L	ri	75	ja	4.047,0	3.965,0
2004040003	IM	@rtus - Entwicklung	L	ri	75	ja	1.900,0	1.900,0
2005050005	FM	Betrieb der Großrechnerverfahren der Steuerverwaltung	L	ri	75	ja	2.036,0	0,0
2005130001	MLUR	Betrieb und Fortentwicklung der Fachverfahren in den StUÄ	L	ri	73		43,6	28,0
2005130002	MLUR	Umweltinformationssystem für die Landes- und Kommunalverwaltung *)	L	ri	73	ja	489,5	587,9
2005130011	MLUR	IT-Einsatz für Fachanwendungen im Agrarbereich	L	ri	73	ja	38,0	38,0
2004042409	IM	Digitales Rissarchiv	L	ri	71	ja	36,0	76,0
2005060001	MWV	BAföG / BaföG 21	L	ri	71	ja	175,0	175,0
2005130007	MLUR	Betrieb der Fachverfahren Immissionsschutz und Gefahrstoffüberwachung	L	ri	71	ja	180,0	156,0
2005130009	MLUR	Abfallwirtschaftliche Informationssysteme	L	ri	71	ja	187,8	144,4
2004042405	IM	Geodatenmanagement - Datenhaltung, Datenaufbereitung und Vertrieb	L	ri	67	ja	97,6	67,6
2004046100	IM	Individualprogramme Asylix, Asybelix, Visa, Linx im Ausländerwesen SH	L	ri	67		109,0	109,0
2005130010	MLUR	Bereitstellung der Daten für den Umweltdatenkatalog	L	ri	67	ja	56,5	56,5
2005100006	MSGF	Länderübergreifende Badegewässer Datenbank (TEIS)	L	ri	61		6,0	6,0
2004041602	IM	xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden	L	ri	55	ja	400,0	400,0
2005050024	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)	L	ri	55		3.538,7	3.453,6
2005050033	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)	L	ri	53		487,0	499,8
2004040012	IM	WTS Betrieb auf Basis IKO III	L	ri	51		207,0	207,0
2004042406	IM	Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)	L	ri	51	ja	90,6	106,0
2006042411	IM	Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo	L	ri	51	ja	74,1	31,0
2006090033	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach	L	ri	49		21,0	24,0
2004042404	IM	ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung	L	ri	47	ja	145,3	175,3
2004042408	IM	Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte	L	ri	47		13,0	16,0
2005100007	MSGF	Zahlbarmachung von Renten für Opfer des Nationalsozialismus	L	ri	47		3,6	3,6

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Ansatz 2007	Ansatz 2008
2004040043	IM	InfReg90	L	ri	46	ja	118,5	71,0
2004040013	IM	ITNET-SH bzw. Support IT (ARIS CC)	L	ri	45		361,0	331,0
2004040028	IM	Bereitstellen und Überwachung der Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH	L	ri	42		144,0	114,0
2005060003	MWV	Zeiterfassung	L	ri	34		5,0	5,0
2004042407	IM	Auftragsverwaltung Landesvermessungsamt und Katasterämter	L	ri	33		176,0	81,5
2005060004	MWV	Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen	L	ri	32		10,0	5,0
2005060005	MWV	Aktenverwaltung mit FAME	L	ri	32		5,0	5,0
2005050030	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)	L	ri	29		7,5	7,5
2005070004	MBF	Automatisierung des Lehrertauschverfahrens	L	ri	27		22,0	2,0
2005070003	MBF	Personalservice-System zur Stärkung schulischer Eigenverantwortung (PES)	L	ri	26		20,0	20,0
2004040009	IM	Arbeitszeitmanagement (AZM / SP Expert)	L	ri	21		451,0	414,0
2004043370	IM	Geographisches Informationssystem und digitale Luftbildauswertung	L	ri	18		9,5	3,5
2005030002	MP	Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren (AIDA-SH)	L	ri	17		36,0	36,0
2005070001	MBF	Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)	L	ri	17		185,0	185,0
2006044701	IM	Ersatz der Amtsdatei (Auswerte- und Analysetool IM)	L	ri	14		245,0	45,0
2004040014	IM	INTRAPOL	L	ri	13		279,0	154,0
2004040029	IM	Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH	L	ri	12		27,0	27,0
2005030003	MP	Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle	L	ri	11		305,0	305,0
2005060006	MWV	Datenbank gestütztes Kundenmanagement (CRM)	L	ri	7		4,0	5,0
2005060002	MWV	Verbesserung der Kommunikation in Arbeitsgruppen und mit dem nachgeordneten Bereich (Sharepoint)	L	ri	4		5,0	5,0
2005041606	IM	xPersonenstand	L	ri	0		35,0	40,0
IT-Verfahren;								
Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung von sonstigen IT-Maßnahmen (überwiegend Steuerungsprozesse)								
2005050062	FM	ACCESS-eGov	L	S	51		60,0	2,0
2006050067	FM	PlaFiS (IT-Planung, Finanzen und Steuerung)	L	S	51		100,0	100,0
2005050057	FM	Kommunale Maßnahmen (KIF-Finanzierung)	L	S	0		1.000,0	1.000,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Ansatz 2007	Ansatz 2008
2005050058	FM	Maßnahmen Deutschland Online und KoopA	L	S	0		45,0	45,0
2005050059	FM	Kooperationen FHH / andere Länder (Technologien)	L	S	0		300,0	300,0
2005050060	FM	Organisatorischen Maßnahmen (eGovernment-Vereinbarung Land/Kommunen)	L	S	0		200,0	200,0
Summe		ld. IT-Maßnahmen (IT-Verfahren)					90.112,8	86.538,3
IT-Vorhaben (neue IT-Maßnahmen)								
IT-Vorhaben; Infrastruktur:								
Entwicklung neuer Basisdienste								
2006090035	MJAE	CITRIX-Anbindung der Staatsanwaltschaften	N	BD	75	ja	320,0	55,0
2005050037	FM	IKO III – Folgeverfahren (+1 IT Org)	N	BD	75		350,0	370,0
2006050064	FM	Einführung und Betrieb einer gemeinsamen Beschaffungsplattform mit FHH	N	BD	61		665,0	665,0
2005050046	FM	Koppelung der Verzeichnisdienste der Kommunalverwaltungen	N	BD	26		250,0	75,0
IT-Vorhaben; Infrastruktur:								
Neue infrastrukturelle Maßnahmen zur Standardisierung der HW/SW								
2005100008	MSGF	Migration IKO III	N	iM	67		123,0	60,0
2006030012	MP	Migration auf „+1“	N	iM	59		0,0	125,0
2005050041	FM	Einführung IKO III in der Steuerverwaltung	N	iM	56		0,0	1.299,0
2006030013	MP	Migration auf IKO III – Landesarchiv	N	iM	53		97,5	0,0
2006030014	MP	Migration auf IKO III – Landesbibliothek	N	iM	53		21,6	0,0
2006030015	MP	Migration auf IKO III – Landeszentrale für politische Bildung	N	iM	53		26,7	0,0
2006030016	MP	Migration auf IKO III – Landesamt für Denkmalpflege	N	iM	53		90,1	0,0
2006030017	MP	Migration auf IKO III – Archäologisches Landesamt	N	iM	53		51,1	0,0
2005090011	MJAE	Fortführung der Migration des Justiznetzverbundes in das LSK	N	iM	0		75,0	75,0
IT-Vorhaben;								
Entwicklung neuer Ressort übergreifender Fachanwendungen								
2006060011	MWV	Auswertung von Daten der Zählung gem. Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung	N	rü	71		4,0	0,0
2006050066	FM	Kooperation Personaldienste FHH / SH	N	rü	59		1.000,0	4.000,0
2006050063	FM	Einführung eines integrativen Finanzmittelmanagements auf Basis der doppelten Buchführung	N	rü	43		300,0	0,0
2005090013	MJAE	Neue Strategie: Datenaustausch Polizei / Justiz	N	rü	41		50,0	100,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Ansatz 2007	Ansatz 2008
IT-Vorhaben;								
Entwicklung neuer ressortinterner Fachanwendungen								
2006041607	IM	Neuaufstellung Landesentwicklungsplan SH (online LEP)	N	ri	85		16,0	21,0
2005050039	FM	IT-Unterstützung einer zentralen Familienkasse	N	ri	80		77,0	57,0
2006130036	MLUR	IT-Verfahren zur Klärschlammverwertung	N	ri	67	ja	192,0	67,0
2006130037	MLUR	Nutzung der Zentralen Tierdatenbank	N	ri	67	ja	30,0	31,0
2006090034	MJAE	Zentralisierung des Schuldnerverzeichnisse und Einführung eines elektronischen Abrufverfahrens	N	ri	49		50,0	50,0
2005050045	FM	Einführung Controlling im AIT	N	ri	35		130,0	25,0
2005090015	MJAE	Auftritt Justiz SH und Präsentation von Gerichtsentscheidungen im Internet	N	ri	32		15,3	14,5
2005060007	MWV	Fördermittelmanagement für den Bereich des MWV (Datawarehouse)	N	ri	12		280,0	10,0
Summe		neue IT-Maßnahmen (IT-Vorhaben)					5.513,2	6.005,5
Grundversorgung der Dienststellen								
2005050047	FM	Betrieb des Zentralen IT-Managements	B				105,0	105,0
2005050052	FM	Betrieb Büroautomation FM - IKO III	B				386,0	398,0
2005050053	FM	Betrieb und Fortentwicklung der Bürokommunikation (IKO III)	B				113,4	134,4
2005050054	FM	IT-Betrieb LBesA	B				45,1	50,8
2005050055	FM	Betrieb Bürokommunikation	B				0,0	0,0
2005050056	FM	Betrieb der dezentralen Basisinfrastruktur in der Steuerverwaltung	B				1.364,0	1.364,0
2005050061	FM	Betrieb der dezentralen Basisinfrastruktur im Bildungszentrum Steuer (BIZ)	B				150,0	150,0
2004041603	IM	Betrieb Bürokommunikation IKO III IM SH	B				571,0	582,0
2004041604	IM	Systemtechnische Dienste der Landesplanung	B				43,0	44,0
2004042403	IM	Bürokommunikation u. Fachverfahren auf Standardarbeitsplätzen (IKO III)	B				200,0	200,0
2004043300	IM	Betrieb Bürokommunikation AfK	B				36,5	39,5
2004043350	IM	Bürokommunikation AfK - Muntionszerlegebetrieb	B				20,5	21,5
2004049999	IM	Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH	B				2.104,0	2.156,0
2005070006	MBF	Betrieb der IT im MBF	B				138,0	130,0
2006070009	MBF	Betrieb der IT im IQSH	B				32,0	32,0
2005090027	MJAE	Lfd. Betrieb "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"	B				184,3	176,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Ansatz 2007	Ansatz 2008
2005090028	MJAE	Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	B				39,2	41,5
2005090029	MJAE	Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit	B				21,0	21,0
2005090030	MJAE	Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden	B				185,2	185,2
2005090031	MJAE	Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJF (IKO III)	B				152,8	157,0
2005090032	MJAE	Lfd. IT-Betrieb Finanzgericht SH	B				6,8	7,0
2005100022	MJAE	Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung)	B				57,6	59,2
2006130035	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe)	B				26,0	26,0
2005130015	MLUR	Migration auf IKOTECH III und zentrale IT-Betreuung nachgeordneter DSt.	B				511,2	1.186,6
2005130028	MLUR	Betrieb Bürokommunikation Ämter für ländliche Räume	B				585,4	602,9
2005130029	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)	B				420,0	427,0
2005130030	MLUR	Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (ANU)	B				7,8	8,0
2005130031	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Schleswig)	B				20,0	21,0
2005130032	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Kiel)	B				26,5	27,0
2005130033	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (NPA)	B				51,6	58,5
2005130034	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (LANU)	B				195,7	195,7
2005030004	MP	Leistungsentgelte an Dataport für Service-Vertrag IT und Internet/Antivirus-/Emailfilterprogramms des LDs	B				20,6	20,6
2005030005	MP	Leistungsentgelte an Dataport	B				24,0	24,0
2005030007	MP	Laufender Betrieb LV Berlin	B				30,9	32,5
2005030010	MP	Laufender Betrieb StK	B				233,0	235,0
2006030020	MP	Laufender Betrieb LZ f. politische Bildung	B				12,6	12,6
2006030021	MP	Laufender Betrieb Archäologisches Landesamt	B				24,0	24,0
2006030022	MP	Laufender Betrieb Landesarchiv SH	B				13,0	13,0
2005100019	MSGF	IKO III Büro (Basisinfrastruktur)	B				187,0	192,5
2005100020	MSGF	Basisinfrastruktur IKO III Büro	B				97,0	100,0
2005100021	MSGF	Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur	B				154,1	156,1
2005060009	MWV	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWV	B				136,0	140,0
Summe		Grundversorgung der DSt					8.731,8	9.557,1
Reinvestitionen (Ersatz von HW/SW nach Ablauf der Mindestnutzungsdauer)								
2005050048	FM	Ersatzbeschaffungen Büroautomation FM - IKO III	E				154,0	186,5
2005050049	FM	Ersatzbeschaffung von Hardware	E				6,8	40,2

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Ansatz 2007	Ansatz 2008
2005050050	FM	Ersatzbeschaffungen LBesA	E				109,3	81,8
2005050051	FM	Ersatzbeschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur	E				2.268,0	3.211,0
2004040040	IM	Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei	E				5.717,7	3.721,5
2004041605	IM	Ersatzbeschaffungen GB IM	E				130,8	190,5
2004042402	IM	Ersatzbeschaffungen	E				629,7	655,8
2004043380	IM	Ersatzbeschaffungen Amt für Katastrophenschutz	E				19,1	29,0
2004046101	IM	Ersatzbeschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten	E				31,0	17,5
2005070005	MBF	Ersatzbeschaffung von IT-Hardware im MBF	E				165,8	144,3
2006070008	MBF	Ersatzbeschaffungen des IQSH	E				115,0	132,0
2005090016	MJAE	Ersatzbeschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"	E				211,0	49,5
2005090017	MJAE	Reinvestitionen Verwaltungsgerichte	E				5,4	5,4
2005090018	MJAE	Ersatzbeschaffungen Sozialgerichtsbarkeit	E				114,7	108,7
2005090019	MJAE	Ersatzbeschaffung "Elektronisches Grundbuch"	E				67,0	119,0
2005090020	MJAE	Ersatzbeschaffung Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)	E				1.505,1	1.510,5
2005090021	MJAE	Ersatzbeschaffungen Landgerichte und OLG SL	E				165,4	508,1
2005090022	MJAE	Ersatzbeschaffungen Registerautomation Schleswig-Holstein (RaSch)	E				26,5	21,6
2005090023	MJAE	Ersatzbeschaffung MJAE (IKO III)	E				100,8	129,3
2005090024	MJAE	Ersatzbeschaffungen der Staatsanwaltschaften (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation / MESTA)	E				25,0	1.798,0
2005090025	MJAE	Ersatzbeschaffungen Finanzbericht SH	E				25,0	53,0
2005090026	MJAE	Ersatzbeschaffung "Automatisiertes Mahnverfahren"	E				53,2	0,0
2005100018	MJAE	Ersatzbeschaffungen für das LAG SH	E				93,1	113,6
2005130017	MLUR	Ersatzbeschaffung Ämter für ländliche Räume (ÄLR)	E				163,7	159,8
2005130018	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (MLUR)	E				239,0	239,0
2005130019	MLUR	Ersatzbeschaffung und Updates für die IT-Infrastruktur (ANU)	E				6,5	9,5
2005130020	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe)	E				87,9	75,9
2005130021	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur	E				26,5	26,5

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Ansatz 2007	Ansatz 2008
		(NPA)						
2005130022	MLUR	Ersatzbeschaffung von Servern für Fachverfahren (LANU)	E				226,6	226,6
2005130023	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Schleswig)	E				57,5	57,5
2005130024	MLUR	Ersatzbeschaffung von Servern für Fachverfahren (StUA Schleswig)	E				15,0	0,0
2005130025	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Kiel)	E				57,4	57,4
2005130027	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LANU)	E				171,3	171,3
2005030008	MP	Ersatzbeschaffungen StK	E				31,4	78,0
2005030009	MP	Ersatzbeschaffungen LV Berlin	E				10,1	8,9
2006030018	MP	Reinvestitionen Landesarchiv	E				4,0	12,5
2006030019	MP	Reinvestitionen Landesbibliothek	E				23,1	14,8
2005100010	MSGF	IKO III Büro (Basisinfrastruktur) - Ersatzbeschaffung	E				179,1	259,4
2005100011	MSGF	Ersatzbeschaffungen IKO III Büro	E				74,0	66,0
2005100012	MSGF	Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS) - Ersatzbeschaffungen	E				0,0	0,0
2005100013	MSGF	Ersatzbeschaffung der IT-Basisinfrastruktur	E				279,6	235,4
2005100014	MSGF	Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BErzGG) - Ersatzbeschaffungen	E				5,0	5,0
2005100015	MSGF	Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG) - Ersatzbeschaffungen	E				5,0	5,0
2005100016	MSGF	Opferversorgung (KOV / Prosid) - Ersatzbeschaffungen	E				0,0	32,0
2005100017	MSGF	Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS) - Ersatzbeschaffungen	E				6,4	0,0
2005060008	MWV	Ersatzbeschaffung MWV	E				336,0	162,0
Summe		Reinvestitionen (Ersatzbeschaffungen)					13.744,5	14.729,3
		Planungsstand November 2006					118.102,4	116.830,2
		[wird unterjährig fortgeschrieben]						